

Beiträge zur
Marx-Engels-Forschung Neue Folge
Sonderband 3

Stalinismus
und das Ende der ersten
Marx-Engels-Gesamtausgabe
(1931–1941)



Dokumente
über die politische Säuberung des Marx-Engels-Instituts 1931
und zur Durchsetzung der Stalin'schen Linie am
vereinigten Marx-Engels-Lenin-Institut beim ZK der KPdSU
aus dem
*Russischen Staatlichen Archiv
für Sozial- und Politikgeschichte
Moskau*

Argument

Herausgeber und Redaktion: Carl Fuchs Vollgraf, Richard Speer und Rolf Hecker
 Wissenschaftlicher Beirat: Moum Gil Chung (Seoul), Annette Giese (Berlin),
 Michael Heinrich (Berlin), Jürgen Jungnickel (Berlin), Michael Kratzke (Amsterdam),
 Alessandro Mazzese (Siena), Jannis Milios (Athen), Akira Miyakawa (Tokio),
 Helmut Reichelt (Bremen), Jakov Rokitsanskij (Moskau)

Redaktionelle Mitarbeit:
 Evelyn Harth, Wladislaw Hedeler

Redaktionsadresse: Rolf Hecker, Rilsbecker Str. 3, 10315 Berlin
 Tel./Fax (+49) 030 5296525
 E-Mail: r.hecker@t-online.de
 Internet: www.marxforschung.de
 Redaktionsschluss: 31. Mai 2001

Das Projekt wurde realisiert in Zusammenarbeit mit dem
 Russischen Staatlichen Archiv
 für Sozial- und Politikgeschichte Moskau
 und gefördert durch die
 Rosa-Luxemburg-Stiftung
 Berlin

Weitere Ausgaben der
 Beiträge zur Marx-Engels-Forschung Neue Folge
 finden Sie im Internet unter der Adresse des Argument Verlages
www.argument.de/wissenschaft/marxismus.html

Nds. Landesbibliothek
 Fachbereichsbibliothek
 Sozial-
 wissenschaften

Die Deutsche Bibliothek: CIP-Einheitsaufnahme

Ein Titeldatensatz für diese Publikation ist bei
 Der Deutschen Bibliothek erhältlich

© Argument Verlag 2001
 Vertriebsrechte für Japan: Far Eastern Booksellers (Kyokuso Shoten), Tokio
 Argument Verlag, Berlin - Hamburg
 PDF-Vorlagenerstellung: Rolf Hecker
 Belichtung: Satzwerk, Göttingen
 Druck: Alfa-Druck, Göttingen
 Erste Auflage 2001
 ISBN 3-88619-684-4
www.argument.de

M 79335

Beiträge zur Marx-Engels-Forschung. Neue Folge. Sonderband 3

Inhaltsverzeichnis

Editorial	9
Jakov Grigor'ewič Rokitsanskij: Die „Säuberung“ – Übernahme des Rjazanov-Instituts durch Adoratskij	13
Dokumentation	23
1. Briefe Februar/März 1931:	23
Ernst Czöbel an Mark Zorkij vom 11. Februar 1931	24
Mark Zorkij an Ernst Czöbel vom 17. Februar 1931	24
Osip Pjatnickij an Ivan Tovstucha vom 2. März 1931	27
2. Protokoll der Sitzung zur Überprüfung der Mitarbeiter des MEI vom 4. März 1931	79
3. Protokoll der Sitzung zur Überprüfung der Mitarbeiter des MEI vom 5. März 1931	100
4. Protokoll der Sitzung zur Überprüfung der Mitarbeiter des MEI vom 20. März 1931	102
5. Liste der Mitarbeiter des MEI, deren weitere Beschäftigung im Institut unerwünscht ist, März 1931	107
6. Bericht von Vladimir Viktorovič Adoratskij über das Lenin- Institut und das Marx-Engels-Institut an das Plenum des EKKI vom 1. April 1931	121
Wladislaw Hedeler: Zwischen Wissenschaftlichkeit und Stalinschem Machtanspruch. Schicksale der Mitarbeiter des Marx-Engels- Lenin-Instituts (1931–1938)	123
1. Die Säuberung des Instituts nach der Abrechnung mit dem „Unionsbüro“	135
2. Der neue Direktor	136
3. Kündigung der Zusammenarbeit mit Auslandskorres- pondenten	137
4. Die Suche in Paris	140
5. Neue Kader	145
6. Die Wohnungsfrage	150
7. Die Schlachten an der Verlagsfront	152
8. Selbstkritik und Denunziation als Ausdruck von revolutionärer Wachsamkeit	161
9. Der Fall Alexander Emel	165
10. Die verbliebenen Kontakte ins Ausland	169
11. Die Schwierigkeiten des IMEL als ZK-Abteilung	171
12. Die Auswertung des Februar-März-Plenums 1937 durch Adoratskij und die Auswirkungen im IMEL	175
13. Der Schauprozess 1938	177
14. Das Finale	



Wladislaw Hedeler

Zwischen Wissenschaftlichkeit und Stalinschem Machtanspruch Schicksale der Mitarbeiter des Marx-Engels-Lenin-Instituts (1931 bis 1938)

Die Durchsetzung der Stalinschen Ideologie Mitte der 30er Jahre und die damit verbundenen Repressalien gegen Mitarbeiter des Marx-Engels-Lenin-Instituts haben letztendlich zum Abbruch der MEGA geführt. Mit dem vorliegenden Beitrag über das Schicksal von Mitarbeitern und Korrespondenten wird die im Sonderband 1 begonnene Dokumentation und Kommentierung dieser Zäsur weitergeführt. Die Übernahme der Leitung des Instituts durch den neuen Direktor Vladimir Vladimirovič Adoratskij fiel mit der „Säuberung des Instituts“ zusammen. Was auf diesen Aderlass in den Jahren 1931 bis 1938 folgte, ist am Beispiel ausgewählter Biografien russischer und deutscher Mitarbeiter vorgestellt. Als Mark Borisovič Mitin 1938 die Leitung des Hauses übernahm, war keine Säuberung mehr nötig. Nach sieben Jahren „Čistka“ in Permanenz war vom alten Geist nicht mehr viel übrig, der dritte Klassiker war dem Vierten wichtiger als die beiden Stammväter. Das die alte Struktur des Forschungsinstituts bewahrende Gehäuse stellte für die Nummer Eins keine Gefahr mehr dar. „Die Kommunistische Partei der Sowjetunion (Bolschewiki) hat den langen und ruhmvollen Weg von den ersten kleinen marxistischen Zirkeln und Gruppen [...] bis zu der großen Partei der Bolschewiki zurückgelegt, die heute den ersten sozialistischen Arbeiter- und Bauernstaat der Welt leitet. ... Ihre Führer haben ... die Lehre von Marx und Engels weiterentwickelt, sie auf eine neue Stufe gehoben.“¹

Auf die Vorladung von David Borisovič Rjazanov zu Iosif Vissarionovič Stalin am 12. Februar 1931 folgte die Durchsuchung der Diensträume des Marx-Engels-Instituts (MEI). Obwohl die vier Tage währende Suche nach „Belastungsmaterial“ ergebnislos blieb, wurde Rjazanov am 15. Februar 1931 verhaftet. In der darauffolgenden Woche fand die Gegenüberstellung mit den von der OGPU verhafteten Institutsmitarbeitern Isaak Il'ič Rubin und Vasilij Vla-

¹ Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewiki). Kurzer Lehrgang. Berlin 1950, S. 5.

dimirovič Šer statt, denen unter Folter „Geständnisse“ abgepresst worden waren.² Rubin und Šer gehörten zu den 14 Angeklagten im Schauprozess gegen das „Unionsbüro der Menschewiki“, der vom 1. bis 9. März 1931 im Säulensaal des Hauses der Gewerkschaften in Moskau über die Bühne ging.³ In der sowjetischen Tagespresse erschien ein Bericht nach dem anderen über die „Abrechnung mit den Lakaien der internationalen Konterrevolution“. Dieser Prozess war der letzte in der Reihe der Abrechnung mit Angehörigen nichtbolschewistischer Parteien („Werk tätige Bauernpartei“) und bürgerlichen Spezialisten („Industriepartei“) in der UdSSR.

Von August 1930 bis April 1931 dauerte die Verhaftungswelle an, während der 122 Personen festgenommen wurden.⁴ Am 23. April 1931 wies die Wirtschaftsverwaltung der OGPU die Sondertroikas an, die letzten Urteile bis zum 25. April zu fällen und die Angelegenheit „Unionsbüro“ abzuschließen.

Ihren Höhepunkt erreichte die Verhaftungswelle im Dezember 1930. Jakov Saulovič Agranov, Leiter der Geheimen politischen Abteilung der OGPU, informierte Stalin am 5., 6. und 15. Dezember 1930 über den Verlauf dieser Aktion.⁵ Stalin hatte im Gespräch mit den Mitgliedern des Büros der Partizelle des Instituts der Roten Professur (IRP) gefordert, an der „philosophischen Front“ einen entschiedeneren Kampf gegen den „Idealismus menschewistischer Prägung“ zu führen.⁶ G. E. Prokof'ev, Leiter der Besonderen Abteilung der OGPU, hielt Stalin über die Untersuchung auf dem Laufenden. Prokof'ev berichtete am 12., 21. und 28. Februar sowie am 5. März 1931.⁷ Stalin, von den „Ermittlungsergebnissen“ enttäuscht, soll in diesem Zusammenhang gesagt haben: „Fallt über sie her und lasst solange nicht von ihnen ab, bis sie anfangen, zu gestehen.“ Kurz vor Beginn des Prozesses gegen das „Unionsbüro“ fand im Vernehmungszimmer die erste Beratung des Unions-

büros statt, auf der die 14 ausgewählten Angeklagten miteinander bekannt gemacht und auf ihre Rolle vorbereitet wurden.⁸ Die Folgen für das MEI konnte man nur ahnen, denn darüber wurde in den Zeitungen nicht berichtet. So findet sich z. B. in der in Moskau erscheinenden *Deutschen Zentral-Zeitung* lediglich ein einziger Bericht über den angeblich von Rjazanov „versteckten“ Brief von Karl Marx über Karl Kautsky.⁹ Für die Zeitgenossen war es dennoch eine hinreichende Information. „Wir durchlebten“, notiert Hugo Huppert in der Autobiografie, „eine kleine Panik der Gelehrten“, wir Angestellten, als unsere Anstalt förmlich umstellt, eingeschlossen und sozusagen durchkämmt wurde. [...] Peinlich wirkte die undurchsichtige Verknüpfung der Instituts-Affäre mit dem Menschewistenprozeß [...].“¹⁰

1. Die Säuberung des Instituts nach der Abrechnung mit dem „Unionsbüro“

Die „Aussagen“ der Angeklagten im Menschewiki-Prozess, sowie die im Protokoll der Überprüfung der Mitarbeiter des Instituts vom 4. März 1931 angeführten Auszüge aus dem Tagebuch von Lev Vladimirovič Rubinstein waren die dürftige Ausbeute der tagelangen Such- und Säuberungsaktion. Kein einziger „Beweis“ für die Verstrickung der Mitarbeiter des MEI in konterrevolutionäre und antisowjetische Verschwörungen lag den Fahndern der OGPU vor. Daher waren die Untersuchungsführer der OGPU zunächst gezwungen, sich gegenüber ihren Vorgesetzten abzusichern. Agranov, der die Kommission zur Säuberung des Instituts leitete, gehörte zu den Organisatoren des Prozesses gegen das „Unionsbüro“, dessen Drehbuch in der Geheimen politischen Abteilung und der Wirtschaftsabteilung der OGPU erarbeitet worden war.

1.1. Die Vorgeschichte der „Märzaktion“

Im Laufe der Verhöre ging es immer wieder um das von den in „konspirativer Arbeit geschulten Angeklagten“ vernichtete Beweismaterial. Es ist kein Zufall, dass die Untersuchungsführer des NKWD Mark Gaj und Aleksej Nasedkin von Rubin im Verhör am 25. Januar 1931 forderten, sein (für die Aufbe-

² Siehe David Borisovič Rjazanov und die erste MEGA. (Beiträge zur Marx-Engels-Forschung. NF Sonderband 1), Hamburg 1997, S. 196, Anm. 13.

³ Siehe Men'sevistskij process 1931 goda. Sbornik dokumentov v 2-ch knigach, Moskva 1999. In einem Sonderband 4, der Rubin gewidmet wird, werden u.a. Auszüge aus den Untersuchungsakten vorgestellt.

⁴ Siehe ebenda, kn. 1, S. 6.

⁵ Siehe Posetiteli Kremlevskogo kabineta I. V. Stalina. In: *Istoričeskij arhiv*, Nr. 6, 1994, S. 25/26.

⁶ Aus der Resolution der Partizelle des Instituts der Roten Professur für Philosophie und Naturwissenschaft in Moskau, angenommen am 29. Dezember 1930. In: Nikolaj Bucharin, Abram Deborin: *Kontroversen über dialektischen und mechanistischen Materialismus*. Frankfurt am Main 1974, S. 318.

⁷ Siehe Posetiteli Kremlevskogo kabineta I. V. Stalina, a.a.O., S. 29/30.

⁸ Siehe Men'sevistskij process 1931 goda. Sbornik dokumentov v 2-ch knigach, kn. 2, Moskva 1999, S. 462.

⁹ Siehe Marx über Kautsky. In: *Deutsche Zentral-Zeitung*, Nr. 37(705), 18. März 1931. Vgl. S. 199/200.

¹⁰ Hugo Huppert: *Wandlung mit Vordergrund*, Halle 1977, S. 299/300.

wahrung von Geheimdokumenten ungeeignetes) Kabinett im MEI zu beschreiben.

„In meinem Kabinett“, hieß es in dem von Rubin unterschriebenen „Vernehmungsprotokoll“, „sind nur Regale mit Büchern, ein Schrank und ein Schreibtisch, dessen Schublade mit jedem Schlüssel geöffnet werden kann. Es wäre töricht, hier Geheimdokumente oder Wertpapiere aufzubewahren. Jeder käme an sie heran. Die Papiere in oder zwischen den Büchern zu verstecken, war ebenfalls nicht möglich, denn die Bücher aus meinem Zimmer konnten jederzeit in den Lesesaal oder ein anderes Kabinett ausgeliehen werden. Außerdem werden die Bücher regelmäßig entstaubt, so dass die darin versteckten Papiere herausfallen würden. Der Schlüssel zum einzigen Schrank in meinem Zimmer befand sich ebenfalls beim Bibliothekar, denn in diesem Schrank wurden die noch nicht aufgenommenen Neuerwerbungen aufbewahrt.“¹¹

Diese „Begründung“ wurde von den neuen Untersuchungsführern Dmitrij Dmitriev und Radišev, die Rubin am darauffolgenden Tag, den 26. Januar 1931, verhörten, bereits nicht mehr akzeptiert. „So schwer es mir fällt, zu gestehen, dass ich die Räume des MEI für die Aufbewahrung der Dokumente nutzte, die mir Šer übergeben hatte, ich muß es gestehen“, ist dem Verhörprotokoll von Rubin vom 26. Januar zu entnehmen. „Ich habe die Papiere in den Büchern, die in den Regalen standen, versteckt. Da es aber nie sicher war, daß das Buch von Lesern oder Mitarbeitern des Instituts angefordert wird, ging ich folgendermaßen vor: ich nahm das Buch mit dem eingelegten Dokument aus der Abteilung heraus und stellte es in eine andere ein.“¹² Damit die Bibliothekare das Buch, das jederzeit ausgeliehen werden konnte, nicht finden konnten, brauchte es der „listige Rubin“ nur umzustellen. Dann konnte niemand außer ihm das betreffende Buch finden. Da die hilflosen Bibliothekswäre Rubin gewarnt und könnte die Dokumente in einem anderen Buch verstecken. Nachdem er erfahren hatte, dass Šer verhaftet ist, habe er sofort alle

Dieser Lesart zur Folge hatten sich die nicht mehr auffindbaren Beweise also doch einmal im Institut befunden. Jetzt musste nur noch ihr Inhalt aufgedeckt werden. Für Dmitriev war das kein Problem, er „konfrontierte“ Rubin mit den von Stalin auf der Konferenz der marxistischen Agrarwissenschaftler 1929 und im IRP im Dezember 1930 kritisierten menschevistischen Abweichungen auf dem Gebiet der Theorie. Nachdem Dmitriev, der theoretisch weitaus be-

¹¹ Men'sevistskij process 1931 goda, a.a.O., kn. I, S. 563.

¹² Ebenda, S. 566.

wanderter war, als seine Kollegen, das von Rubin unterschriebene Vernehmungsprotokoll mit den „erwünschten Aussagen“ in den Händen hielt, gab er den Fall wieder an Mark Gaj und Aleksej Nasedkin ab. Deren Aufgabe bestand darin, Rjazanov in diese Angelegenheit zu verwickeln. Diesbezügliche Vernehmungen von Rubin fanden am 29. Januar sowie am 1. und 2. Februar 1931 statt.

Rubin sagte aus, dass Rjazanov im Institut und während der Dienstreisen im Ausland in erster Linie mit Menschewiki bzw. Sozialdemokraten verkehrte, die zu den Führungsmitgliedern der II. Internationale gehörten. Rubin hatte – in Erwartung seiner bevorstehenden Verhaftung – alle Dokumente „vernichtet“. Bis auf die wertvollsten, die er Rjazanov „zur Aufbewahrung ausgehändigt“ hatte. Am 8. Februar 1931 schrieb Rubin Rjazanov einen Brief, in dem er ihn über das abgelegte „Geständnis“ informierte. Am 20. Februar fand die Gegenüberstellung von Rubin und Rjazanov statt. Der Kreis hatte sich geschlossen.

Gemäß diesem präzisierten Szenario agierte Rubin als der „Vertreter des Unionsbüros im MEI“, während Šer die „Leitung der landesweit operierenden Organisation“ oblag. Nach Šers „Aussagen“ vom 2. und 3. Februar 1931 war Rjazanov nicht nur über alle Aktivitäten des Unionsbüros im Bilde, sondern tolerierte das Engagement von Rubin und Šer. Die Untersuchungsführer wussten um die bis 1906 zurückreichende Freundschaft von Rjazanov und Šer. Leute wie Rubin, Abram Moisevič Deborin, Ernst Czöbel und Karl Schmückle (im Vernehmungsprotokoll vom 30. Januar 1931 Schmückle), berichtete Šer, haben hinter Rjazanovs breitem Rücken ein ruhiges Plätzchen für ihre weltfremden akademischen, dem revolutionären Marxismus fernstehenden Studien gefunden.¹³ Deborin, Leiter des Philosophiekabinetts im Hause, erinnert sich Huppert, hatte „einen erbitterten Gegner: seinen früheren Schüler Pawel Judin. In einer Reihe von Veröffentlichungen scharf polemischen Charakters, die Judin – bald allein, bald in Gesellschaft mit seinem Kollegen Märtin – in rascher Folge herausbrachte, gelang es Judin, die Position Deborins entscheidend zu erschüttern: er wies dem alternden Ideologen Abhängigkeit von menschevistischen Konzeptionen nach. Deborin verlor über Nacht seine offiziellen Ämter, seinen Lehrstuhl. Umsonst versuchte Rjazanow, ihn im Institut zu halten. Judin wurde hier Deborins Nachfolger, nicht zum Schaden unserer Anstalt.“¹⁴

¹³ Siehe ebenda, kn. 2, S. 216.

¹⁴ Huppert: Wanduhr mit Vordergrund, a.a.O., S. 256.

Solange die Durchsuchung des Instituts andauerte, blieb das MEI geschlossen. Hugo Huppert hat in seinem bislang unveröffentlichten Tagebuch einen eindrucksvollen Bericht dieser Aktion festgehalten.¹⁵ In der veröffentlichten Fassung seiner Memoiren – „für die Tagebuchzeilen, in welchen Genugtuung hindurchschimmerte, schäme ich mich“ – präsentiert Huppert eine nur in der Diktion entschärfte, nicht aber in der generellen Bewertung revidierte „überarbeitete“ Fassung. „Eines Tages, als die Instituts-Angestellten zur Arbeit kamen, fanden sie sogar das Gartengittertor verriegelt. Im Klubtrakt saß wichtig der Hausverwalter Garanin und verteilte Fragebogen. – ‚Wozu Fragebogen?‘ – ‚Zur Ausstellung von Passierscheinen. Ohne den Wisch kommt künftig niemand ins Institut.‘ Auch ich empfang das Orakelpapier: vier Seiten mit etwa 50 Fragen, Alternativfragen, Nebenfragen nach Herkunft, Vergangenheit, Beziehungen, offenbar Spezialformulare für Aufnahme in behördliche Dienste. Klarstellungsversuche [...] eine Siebung. Fragen bis ins dritte, vierte Glied. [...] Indiskrete, für manchen unbequeme Fragen. Mehr als einem meiner werten Kollegen wird der Passierschein verweigert werden. Dann aber ward glatt gesperrt, die Anstalt vorübergehend geschlossen und einer mehrwöchigen Hausdurchsuchung unterzogen. Selbst bei Nacht geisterten Lichter hinter den Fenstern bald dieses, bald jenes Hausflügels. Eine unfassbare Riesensarbeit, diese Kolossal-Archive, Bücher- und Schriftenberge zu sichten, zu durchforschen! Wie konnte eine staatliche Anstalt vom Weltrenomme unseres Instituts mit einem Schlag öffentlich verketzert und bloßgestellt werden? Erklären wir es rundheraus. Der eigenwillig herrische Chef Rjasanow hatte bei der Auswahl seines Mitarbeiterkollektivs allzu gern politische Randgestalten und Außenseiter bevorzugt und den Sinn für das ‚gerade noch mögliche‘ verloren. So saßen denn viele zwielichtige und zweifelhafte, obschon gelehrte Typen in den Fachkabinetten des Hauses. Ehemals konterrevolutionäre Intelligenz-Exemplare fanden Eingang in den Leitungsstab des Instituts, und Rjasanow war verblendet genug, diesen seinen persönlichen Zweikampf mit einem wachsenden Teil der sowjetischen Öffentlichkeit noch zu verschärfen.“¹⁶ Als Huppert den Wunsch äußerte, das Institut zu verlassen, ließ ihn Rjasanow gehen. „Ende Dezember war ich bereits mobilisiert und an die Kohlenfront geschickt. Rjasanow hat mich (für 5-6 Wochen) gern ziehen gelassen, und ich bin aus der faulen und drückenden Atmosphäre des alten Maniaken¹⁷ nicht minder gern gezogen und möchte am liebsten das mir herzlich verhaßte Haus

¹⁵ Siehe S. 354–370.

¹⁶ Huppert: *Wandlung mit Vordergrund*, a.a.O., S. 297/298.

¹⁷ Man'jak – russ.: Geisteskranker, Wahnsinniger.

nicht wiedersehen“ – schrieb Huppert am 22. Januar 1931 an „Helmi“ Liebknecht.

1.2. Die Dokumentation der „Säuberung“ des MEI

In Vorbereitung auf die „Säuberung“ legten der Leiter der Kanzlei Egorkov und der Leiter der Allgemeinen Verwaltung des MEI Nečkin am 27. Februar 1931 eine Liste vor, die die Namen, die Tätigkeit, die soziale Herkunft und die Wohnanschrift von 286 Mitarbeitern, vom Direktor bis zum Stallknecht, enthielt. Nach dieser Liste wurden die in zwei Durchgängen zu überprüfenden Mitarbeiter ausgewählt. Aus den Säuberungs-Protokollen geht hervor, dass von den in den zwei Listen namentlich genannten 199 bzw. 44 Mitarbeitern 104 bzw. 19 im Ergebnis der Säuberung entlassen bzw. abkommandiert werden sollten. 10 der 104 am 4. März überprüften Mitarbeiter wurden gemäß der Kategorie 2 entlassen. Von den „bestätigten“ Angestellten sollten 18 zusätzlich überprüft und 4 auf Bewährung weiter beschäftigt werden.

Die neben diesen Protokollen in die umfangreiche Akte aufgenommenen Dokumente widerspiegeln die darauffolgende Auswertung der Säuberung durch die Kommission. Nachdem über die Eingaben der Sowjetbürger und ausländischen Mitarbeiter entschieden worden ist, werden sämtliche verbliebenen Mitarbeiter in Listen erfasst und der Struktur des Instituts zugeordnet. Die überlieferte Statistik nennt eine breite Palette von Entlassungsgründen.

In der Regel erfolgte die Entlassung aus politischen Motiven. Besonders häufig war die Entlassung wegen (vorrevolutionärer bzw. in die 20er Jahre zurückreichender) Kontakte oder wegen Mitgliedschaft in anderen Parteien oder Oppositionsgruppen. Ein typisches Beispiel ist Rubin, der seit 1904 als Menschewik und Bundist aktiv und deswegen bereits 1921 und 1923 von der GPU als „aktiver Menschewik“ verhaftet und zu längeren Haftstrafen verurteilt worden war. Von 1926 bis zur „auf eigenen Wunsch“ erfolgten Kündigung am 15. Dezember 1930 war er Leiter des Kabinetts Politökonomie des MEI. Rubin wurde am 23. Dezember 1930 verhaftet und am 9. März 1931 zu 5 Jahren Freiheitsentzug verurteilt.¹⁸

Ausländische Mitarbeiter des MEI, die nach ihrer Übersiedlung in die UdSSR nicht von der sie delegierenden Kommunistischen Partei in die KPdSU(B) überführt worden waren, erhielten, wie z.B. Frieda Düwell, die Kündigung. Wilhelm Pieck wandte sich am 21. März 1931 an die Überführungskommis-

¹⁸ Zur Biographie siehe Ljudmilla Vasin: I. I. Rubin – Marxforscher und Politökonom. In: *Quellen und Grenzen von Marx' Wissenschaftsverständnis* (Beiträge zur Marx-Engels-Forschung, NF 1994), S. 144–149.

Genossin Koppel für politisch zuverlässig für ihre weitere Arbeit im Marx-Engels-Institut.²⁷ Nixdorf und Kropp galten „Brandleristen“ bzw. den „Rechten nahestehende Versöhler“. Der Vertreter der KPD beim EKKI konnte sie persönlich nicht. Fritz Sauer wurde am 8. März 1931 von der Mitarbeit am MEI entbunden und der deutschen Sektion der Komintern überstellt. Die Katalogkraft Berkovič wies auf ihre Loyalität gegenüber der neuen Leitung hin und erwähnte ihre an der Institutswandzeitung publizierten Artikel über die unnormale und antisowjetische Situation am von Rjazanov geführten Institut. Als Parteilose habe sie 1 Jahr und 8 Monate am Institut gearbeitet. Als Bürgerin führte sie Berta Vantuš (Wantusch) an. Tiblovskaja bat um die Wiedereinstellung, weil sie nur so die Tochter und ihre erblindete Mutter versorgen könne.²⁸ Sie habe immer ihre Arbeit gewissenhaft erledigt und sei nie zu spät gekommen, brachte Triskalova in ihrem Schreiben an die Direktion zum Ausdruck.²⁹

Von der Kommission wurde im Ergebnis der internen Auswertung eine Liste derjenigen Mitarbeiter erstellt, deren Verbleib am Institut „unerwünscht“ war.³⁰ 13 Mitarbeiter erhielten ihre Kündigung wegen freundschaftlicher Beziehungen zu Rjazanov. Vier Begründungen für die Entlassung sind nur im Protokoll der Säuberung der einfachen Mitarbeiter zu finden. In 12 Fällen wurde die Entlassung mit „antisowjetischer Einstellung“ begründet; in 10 Fällen darauf hingewiesen, dass es sich bei den Betroffenen um „verdächtige Personen, denen nicht zu trauen ist“, handelt, 15-mal war die soziale Herkunft Entlassungsgrund und 4-mal an den Vorwurf „kleinbürgerliche Lebensweise“ geknüpft. In einem Fall erfolgte die Entlassung aus Altersgründen, in 7 Fällen wegen artfremder Beschäftigung und 2-mal auf eigenen Wunsch. Der Aderlass war so gravierend, dass einige Mitarbeiter ungeachtet der ausgesprochenen Kündigung auf Honorarbasis weiter beschäftigt werden mussten. Unter den am 4. März 1931 im Ergebnis der Säuberung entlassenen 104 näher bezeichneten wissenschaftlichen Mitarbeitern waren 7 Leiter, Stellvertreter bzw. Mitarbeiter von Kabinetten, 11 Mitarbeiter des Museums, 1 Entzifferin, 2 Übersetzerinnen, 4 Fotografen, 3 Archivare, 7 Schreibkräfte mit Fremdsprachenkenntnissen, 2 Korrespondentinnen, 2 Editoren, 17 Bibliothekare und 7 Katalogkräfte mit Hochschulbildung sowie 11 technische Kräfte. Unter den 89 weiter beschäftigten Mitarbeitern waren u.a. 9 Hausmeister, 2 Künstler,

²⁷ Ebenda.

²⁸ Ebenda.

²⁹ Ebenda.

³⁰ RGA, f. 71, op. 3, d. 44: Spisok sotrudnikov IME, dal'nejšee prebyvanie kotorych v Institute neželate'no.

2 Buchbinder, 3 Kuriere, 13 Reinmachefrauen, 1 Gärtner, 1 Pförtner und 3 Wächter. Ihrer sozialen Herkunft und ihrem Bildungsgrad nach ergibt sich das folgende Bild:

Soziale Herkunft	am 4. März entlassen	weiter beschäftigt
Kaufleute	15	06
Angestellte	23	15
Anwälte	04	01
Adlige	09	08
Bauern	09	28
Arbeiter	00	05
Handwerker	06	01
Pächter	05	01
Lehrer	05	07
Höhere Beamte	12	04
Meister	04	00
Ärzte	08	00

Bildung	am 4. März entlassen	weiter beschäftigt
Hochschulbildung	52	24
Nicht abgeschl. HB	06	05
Mittelschule	30	24
Nicht abgeschl. MB	03	02
Grund- bzw. Dorfschule	06	23
Analphabeten	01	03

Die Kommission konnte offensichtlich keinen im Hinblick auf die soziale Herkunft und Zusammensetzung der Mitarbeiter weitgehend unverändert gebliebenen Zustand am Institut „abrechnen“ und löste dieses „Gesamtbild“ auf, indem sie zwischen Parteimitgliedern, Parteilosen und Vertretern anderer kommunistischer Parteien unterschied.³¹ Die so entstandene Statistik bietet folgendes Bild:

Soziale Herkunft	KPdSU(B)	Ausl. Parteien	Parteilose
Arbeiter	09	01	07
Bauern			29
Intellektuelle		01	22
Bourgeoisie	04		42
Angestellte			01
Geistliche			05
Adlige			
Soziale Stellung	04	04	
Arbeiter			
Bauern	21	17	
Angestellte			

³¹ RGA, f. 71, op. 3, d. 44, Bl. 126 Statističeskaja svodka na členov i kandidatov VKP(b) und Bl. 127 Statističeskaja svodka o sostave bespartijnnych sotrudnikov MEI.

Parteiangehörigkeit seit

Illegal		01
1917	03	01
1918-20	06	07
1921-23		03
1924-26	03	01
1927-28	03	03
1929-31	08	02
Kandidaten	05	
SDAPR	03	03
Menchewiki		
Sozialrevolutionäre		11
Volkstümmer		01
Bund		01
andere Parteien	01	
Mitgl. d. Opposition	07	01
Parteistrafen	05	03
		05

(Nur für die parteilosen Mitarbeiter erfasst)

Bildungsgrad	
Grundschule	05
Mittelschule	41
Hochschule	65
Gewerkschaft seit	
1917-20	50
1921-27	49
1928-31	10
nicht gew. org.	02
Alter	
bis 30 Jahre	31
bis 40 Jahre	37
bis 50 Jahre	26
älter als 50	17
Fremdsprachenkenntnisse	
Ja	92
Nein	19

Am 22. April 1931 erhielt die neue Leitung des Instituts Auszüge aus dem Protokoll der Politbürositzung vom 10. September 1930. Damals wurde das Vorgehen gegen die sog. Werktätige Bauernpartei und die Gruppe von Surchanov und Groman beschlossen. Von diesen Festlegungen sollte sich die Leitung gegenüber den entlassenen Mitarbeitern leiten lassen. Pavel Judin und Arnošt Kolman legten entsprechende Berichte über den Zustand in den von ihnen inspezierten Kabinetten des MEI für Adoratskij vor. Dieser arbeitete die ihm vorgelegten Studien zu einem Bericht für das ZK der KPdSU(B) um. Judin hatte die Kabinette für Philosophie, Soziologie, Recht und Geschichte der Philosophie überprüft. In den „sogenannten Kabinetten“ – schrieb der Inspi-

ziert – gibt es keinen Forschungsplan, die Erstellung von Bibliographien bildet den eigentlichen Schwerpunkt der Arbeit, eine Marxismus-Forschung fand laut dem von Judin vorgelegten Bericht nicht statt. Die Soziologen sammelten ausschließlich Literatur über die Vorklassengesellschaft, alles, was mit dem Klassenkampf zu tun hatte, wurde von Kosven, dem ehemaligen Leiter des Kabinetts, als unwesentlich abgetan. Im Kabinett Recht wurde über Machiavelli und Rousseau geforscht. Im Kabinett Philosophie forschen Lukacs über Bruno Bauer und Bammel* über die griechischen Materialisten. Weder in diesem noch in einem der anderen Kabinette hatte er auch nur ein einziges Buch von Lenin gefunden, dafür eine Unmenge der neuesten Literatur der Idealisten, Obskuranten und Dunkelmänner. Die Leiter der Kabinette ließen sich bei der Forschung einzig und allein von ihren Interessen leiten und sabotierten auf jede erdenkliche Weise den Bezug zum Aufbau des Sozialismus in der Sowjetunion.³² Kolman oblag die Inspektion der Kabinette Internationale Verbindungen, WISSA, Marx/Engels und des Kabinetts Asien. Die Leitung dieser Kabinette oblag mit Ausnahme von Rjasanov Parteilosen. Die Arbeit ist nicht bis schlampig organisiert, die Kabinette gleichen eher Buchablagen als Forschungszentren, die Ordnung ist miserabel und die Brandschutzbestimmungen werden nicht eingehalten.³³

In seinen Erinnerungen schreibt Kolman, dass die Institutsmitarbeiter „uns darauf hinwiesen, daß Rjasanow bei weitem nicht alle Dokumente, über die er verfügte, veröffentlicht habe und das ein Teil wahrscheinlich in einem Safe oder in irgendeinem von ihm benutzten Privatversteck verborgen sei. Und wirklich, dieses Geheimfach wurde mit Hilfe eines Spezialisten in der Wand von Rjasanows Arbeitszimmer gefunden. Es enthielt Fotokopien einiger Briefe von Rjasanows Arbeitszimmer gefunden. Es enthielt Fotokopien einiger Briefe von Marx und Engels sowie seine Aufzeichnungen zu naturwissenschaftlichen Fragen.“³⁴ Im o.g. Bericht über das Ergebnis der Inspektion ist weder von diesem „Fund“ (Rjasanow hatte dieser Lesart folgend die mathematischen Hefte³⁵ von Marx und andere Manuskripte versteckt, von denen er annahm, das ihre Veröffentlichung Marx' Ruf als Wissenschaftler schmälern könnte) noch von den Zuträgern die Rede. Es sollte nicht die letzte Maßnahme die noch in der wissenschaftlichen Laufbahn von Kolman sein, der 1932 an das Institut der Roten Professur und von dort aus an die Kommunistische Akade-

³² RGA, f. 71, op. 3, d. 41.

³³ Ebenda.

³⁴ A[most] Kolman: Die verlore Generation. So hätten wir nicht leben sollen. Eine Biographie, Frankfurt am Main 1979, S. 139.

³⁵ Zur Geschichte der Arbeit an diesen Manuskripten in MEI 1925 und 1927 siehe L. Katalin: My byli togda durskimi partizani, Moskva 1973, S. 135–158.

dierten Marx-Engels-Verlages (MEV).⁴¹ Savel'ev, Adoratskij und Tostsch wurden beauftragt, den neuen Arbeitsplan des Instituts vorzulegen. Anfang April 1931 umriss Adoratskij die Aufgaben des von ihm geleiteten Instituts vor dem XI. Plenum des EKKI.⁴² Am 5. Mai 1931 bestätigte das Politbüro des ZK der KPdSU(B) diesen Plan und ernannte Adoratskij zum neuen Direktor.⁴³ In dieser Eigenschaft war Adoratskij nur dreimal zur Berichterstattung im Kreml. Am 30. Oktober 1932 zusammen mit Mechlis für 25 Minuten, am 2. Juni 1935 allein und am 7. Februar 1936 zusammen mit Arosev und Bucharin. Fast eine Stunde lang besprachen sie Einzelheiten der für Ende Februar angesetzten Reise ins Ausland zwecks Ankauf des M/E- Nachlasses.⁴⁴

3. Kündigung der Zusammenarbeit mit Auslandskorrespondenten⁴⁵

Neben den bereits an Rjazanov adressierten Bewerbungen (u.a. Horst Fröhlich, J. Klepper, Sauer) lagen dem neuen Direktor Adoratskij Empfehlungen für Mitarbeiter vor, die dem Institut von den Ländervertretungen des EKKI bzw. den Zentralkomitees der jeweiligen Kommunistischen Parteien lange vor dem Amtsantritt des neuen Direktors unterbreitet worden waren. Adoratskij beschäftigte „alte Korrespondenten“ des Instituts bis zur Abwicklung der Geschäfte weiter. Viele der von Rjazanov übertragenen Arbeiten konnten nicht mehr zu Ende geführt werden.⁴⁶ So erhielt zum Beispiel L. Bernstein, Korrespondent des MEI in Paris, am 21. Januar 1931 die Mitteilung über die Aufkündigung des Vertrages. Adoratskij begründete dies mit der Konzentration auf die „neuen großen Editionsarbeiten“. Im Brief an L. Bernstein vom 21. März 1931 heißt es: „Damit im Zusammenhange schrän-

ken wir unsere Nachforschungen wegen Komplettierung von Materialien, die nicht in unmittelbaren Zusammenhänge mit unseren Editionsaufgaben stehen, wesentlich ein; ebenso auch die ähnlichen archivalischen Nachforschungen. Damit entfällt die Grundlage Ihrer weiteren Tätigkeit und wir teilen Ihnen mit, daß wir Ihre Mitarbeit vom 1. April an nicht mehr in Anspruch nehmen. Wir danken Ihnen vielmals für Ihre eifrigen und erfolgreichen Bemühungen im Dienste des Instituts.“ Bernstein hat um eine Bescheinigung über die Arbeit für das Institut, die er mit Verspätung im September 1931 erhielt. Im Dezember 1931 brach die Direktion den Briefwechsel mit dem Korrespondenten ab.

„Wie ich von mehreren Seiten höre“, schrieb Jaeger am 18. Januar 1933 nach Moskau, „sind an verschiedenen Stellen Gerüchte (teilweise kommen sie merkwürdigerweise über England) verbreitet – ich weiß nicht, ob böswillig –, daß nach den bisjetzt erschienenen Bänden nichts mehr herauskommen werde. Man muß dem irgendwie entgegenreten. Ich informiere Sie deshalb eiligst und erbitte evtl. Instruktionen.“⁴⁷

Das Institut stellte die Zusammenarbeit mit dem Berliner Korrespondenten Alexander Emel, am 1. April 1937 mit dem Londoner Korrespondenten Stevens ein. „I need not say it was with great regret that I read the information in your letter No 33. It is just ten years to the month that I have worked for the Institute, and I count the work as among the best and most honourable I have done. I can only repeat what I wrote on a previous occasion: that if I can be of service in any voluntary capacity, I shall be only too glad“, schrieb Stevens und übergab die Geschäfte an Alix Guillaïn in Paris.

4. Die Suche in Paris⁴⁸

Alix Guillaïn suchte seit 1932 in Frankreich im Auftrag des IMEL sowohl nach Marx/Engels-, als auch nach Lenin-Dokumenten und holte gleichzeitig „auf indirektem Wege“ Informationen über den Verbleib des SPD-Archivs ein. Sie nahm Kontakt zu S. G. Svatikov auf, einem in Paris lebenden Historiker und Sammler, der der Vertreter des Prager Archivs in Frankreich war. Svatikov bot dem Institut wiederholt „unbekannte Dokumente“ von Lenin zum Kauf an. Der diesbezügliche Briefwechsel aus den Jahren 1931 bis

⁴¹ RGA, f. 71, op. 50, d. 47.

⁴² Die im folgenden zitierten Dokumente werden in RGA, f. 71, op. 50, d. 72 bis 75 aufbewahrt.

⁴³ Golda Fröhlich: Über die Liquidation des Marx-Engels-Verlages (1934). In: Quellen und Grenzen von Marx' Wissenschaftsverständnis (Beiträge zur Marx-Engels-Forschung, NF 1994), S. 190–197.

⁴⁴ Siehe Mitteilung über das Lenin-Institut und das Marx-Engels-Institut im vorliegenden Band, S. 107–119.

⁴⁵ Siehe Rjazanov und die erste MEGA, a.a.O., S. 108–109.

⁴⁶ Siehe Rolf Hecker: Die Verhandlungen über den Marx-Engels-Nachlaß 1935/36. Bisher unbekannte Dokumente aus Moskauer Archiven. In: MEGA-Studien, 1995/2, S. 3–25.

⁴⁷ Die im Folgenden zitierten und erwähnten Dokumente werden im Bestand „Korrespondenz der Leitung des Marx-Engels-Instituts“ im RGA (f. 71, op. 50) aufbewahrt. Dieser Bestand wird zur Zeit von Galina Golovina systematisiert. Ohne ihre Unterstützung hätte diese Studie nicht geschrieben werden können.

⁴⁸ Angaben über die ausländischen Korrespondenten des MEI bei Rolf Hecker: Hans Stein – Mitarbeiter und Korrespondent des Moskauer Marx-Engels-Instituts. In: Marx-Engels-Edition im historischen Spannungsfeld (Beiträge zur Marx-Engels-Forschung, NF 1993), S. 17–22.

1935 befindet sich entgegen der Behauptung von O. V. Budnickij⁴⁹, der Kopien des Briefwechsels im Nikolaevskij-Archiv gefunden hat, doch im RGA. Aus dem hier aufbewahrten Briefwechsel der Direktion mit der Korrespondentin in Paris geht ferner hervor, warum es nicht zum Ankauf der Papiere kam. Es war nicht nur der von Svatikov geforderte Kaufpreis, wie Budnickij vermutet.

Am 6. Januar 1932 informierte Guillaín die Direktion des IMEL über die Fortschritte bei Suche nach der Arbeit von Lenin „Was sind die Volksfreunde“ in Frankfurt am Main, München, Karlsruhe und Darmstadt. Dem Brief vom 28. März 1932 lag ein Bericht von Svatikoff (S. G. Svatikov) über seine Reise zwecks Auffindung von Manuskripten bei. Am 9. Mai 1932 erhielt die Korrespondentin aus Moskau die Mitteilung, dass das Institut bereit ist, das Archiv der Capri-Schule (es handelte sich um 1015 Dokumente) zu kaufen, wenn es 500 Dollar nicht übersteigt.

Immer wieder wies das Institut die Kaufsumme für angebotene Lenin-Dokumente als zu hoch zurück. Außer Svatikov boten Aleksinskij, Balabano-va und Bernstein u.a. Manuskripte, Autographen und Bücher mit Lenins Randglossen an. Die Antwort aus Moskau lautete stets: Guillaín möge den Preis herunter handeln oder billige Fotokopien beschaffen. Guillaín brachte es in einigen Fällen fertig, den Preis auf die Hälfte herunterzuhandeln. Es war stets ein Wettlauf mit den Interessenten vom Hoover-Institut. Da sich Moskau auch dann nicht zu einer Entscheidung durchringen konnte und den Ankauf verschleppte – so hieß es im Brief vom 29. September 1932: „Bitte alle hinhalten unser zuständiger Archivleiter ist im Urlaub bis zum 1. Oktober“ –, grüßte am 9. Dezember 1932 aus Moskau erhaltene Antwort lautete: „Das Angebot [von Aleksinskij] ist völlig indiskutabel, wir geben höchstens 300 Dollar.“

So ging es bis Februar 1933 hin und her. Dann war die Direktion, wie einem Brief vom 3. Februar 1933 zu entnehmen ist, wegen der „Vorbereitungen zum 50. Todestag völlig überlastet“. Die Konzeption der auf einen Beschluss der Politischen Kommission des Politsekretariats des EKKI [und der Kulturbteilung des ZK der KPdSU(B)] vom 15. Oktober 1932 zurückgehenden „Karl-Marx-Kampagne“ ist im Bericht der Institutsleitung vom 25. Januar 1933 niedergelegt. Einem ersten Vorschlag des Instituts nach (datiert 5. Januar 1933)

⁴⁹ O. V. Budnickij: Terrorizm v rossijskom obozobrazovanii, Moskau 2000, S. 278, Anm. 2.

sollten Duncker, Wittfogel und Jaeger in der Pressestelle des Marx-Engels-Lenin-Instituts arbeiten und die bürgerliche, sozialdemokratische und kommunistische Presse mit Material beliefern.⁵⁰ Im *Bol'sevik* war eine Rubrik eingerichtet worden, die das Institut regelmäßig zu beliefern hatte. Die März Ausgaben war vollständig als „Marxnummern“ gestaltet.⁵¹

Nach dem Jubiläum wurde die Suche nach Stalin-Dokumenten wieder aufgenommen. „Vor Jahresfrist erhielten wir eine Fotografie von Gen. Stalin“, heißt es im Brief vom 15. August 1933: „Wenn wir nicht irren, war sie von einem Monsieur Abbé aufgenommen. Wie wir erfahren, hat der betreffende noch weitere Fotobilder des Gen. Stalin. Wir bitten hierdurch, sich um diese Bilder zu bemühen und sie uns so bald als möglich zu schicken.“

Folgende Episode illustriert die neue – mit der Vorbereitung der Ausgabe der Werke Stalins verbundene – Ausrichtung des Instituts. Am 3. Februar 1934 richtete Birman das folgende Schreiben an Guillaín. „V. K. Kurnatovsky, ein bekannter russischer Sozialdemokrat, der Lenin nahe stand und mit ihm zusammen in Ostsibirien in Verbannung war, verbrachte die letzten Jahre seines Lebens in Paris, wo er auch mit Lenin öfters zusammentraf. Er starb daselbst im Jahre 1912. Kurnatovsky soll in Paris auf dem Friedhof Pantin beerdigt sein. Wir bitten Sie nun, sein Grab aufzusuchen und uns ausführlich zu berichten, in welchem Zustande es sich befindet [...]“. In diesem Falle ging es aber weder um Lenin noch um Kurnatovskij, sondern darum, Stalin einen Gefallen zu tun. Tovstuchka hatte im Januar 1934 die Biografie des russischen Sozialdemokraten gelesen. Er teilte Adoratskij die o.g. Angaben mit und wies am Ende darauf hin, dass Stalin sich stets sehr wohlwollend zu Kurnatovskij verhalten hat.

Guillaín holte die Auskünfte über das Grab ein. Da nach Ablauf der Grablizenz 1927 anderweitig über die Grabstelle verfügt wurde war eine (intern geplante) Überführung der Gebeine ausgeschlossen. Bei ihren Recherchen wurde Guillaín mit Max Raphael bekannt, und empfahl ihn dem Institut. Die nach zwei Monaten eingetroffene Antwort fiel ablehnend aus. „Nun gilt es, besonders in den beiden letzten Jahren“, schrieb Birman am 7. Januar 1935, „bei uns als Regel, daß wir Mitarbeiter für das Institut vom Ausland nicht einla-

⁵⁰ Jaeger an MEI, Moskau, 5.1.1933, RGA, f. 71, op. 50, d. 47.

⁵¹ *Bol'sevik*, Nr. 1/2 vom 31. Januar 1933, enthält u.a. den Artikel von N. Krupskaja „Wie Lenin über Marx arbeitete“ und Auszüge aus dem unveröffentlichten Manuskript von Marx *Zur Kritik der politischen Ökonomie* (1859). Nr. 3 vom 15. Februar 1933 enthält „Zwei Briefe aus dem Jahre 1846“. Nr. 5 vom 14. März 1933 und Nr. 6 vom 31. März 1933 waren als „Marxnummern“ gestaltet. Vgl. auch S. 229–232.

den Gesuche, Bewerbungen vom Ausland werden von uns in der Regel gar nicht in Erwägung gezogen."

5. Neue Kader⁵²

In der KPD kümmerten sich in der Amtszeit von Rjasanov Willi Budich sowie Hans Jaeger vom Marx-Engels-Verlag und in der Amtszeit von Adoratskij Leo Flieg um die Werbung sowie um die Betreuung der Bewerber um eine Arbeitsstelle am Moskauer Institut.

Am 17. Dezember 1930 schrieb Budich an Rjasanov: „Mein Versprechen gute Mitarbeiter für Ihr Institut aufzutreiben, konnte ich bisher nicht einmal andeutungsweise zu halten versuchen. Gute Kräfte wollte das ZK nicht freigeben und schlechte – davon gibt es hier genug – brauchen Sie nicht. Endlich ist mir aber gelungen eine wirklich gute und passende Kraft für Sie zu mobilisieren. Es ist der Genosse Horst Fröhlich. Die Partei ist jetzt auch anscheinend damit einverstanden, daß er rübergeht. Machen Sie Gebrauch und nehmen Sie den Genossen. Ich kann ihn bestens empfehlen. Er ist zuverlässig und Sie können ihm vertrauen. Mit bestem Gruß Ihr treuloser Mitstreiter Willi Budich.“

Karl Schmückle hatte Valerie Kropp im April 1928 für die Arbeit am Institut empfohlen. Auch von Carl Grünberg lagen Referenzen vor.⁵³ Fröhlich hatte sich im November 1930 am MEI beworben, nachdem er erfahren hatte, dass das MEI Mitarbeiter sucht. Zu den „guten Kräften“ gehörte u.a. auch der von Karl August Wittfogel, Fritz Sternberg und Ernst Czöbel empfohlene Dipl.-Ing. Sauer. Auch unter den in Moskau wohnenden Ausländern wurde nach geeigneten Mitarbeitern gesucht. Frieda Düwell wurde auf diesem Wege 1929 für die Arbeit am Institut gewonnen. Zu den von der KPD nach Moskau delegierten Genossinnen gehörte u.a. Frida Rubiner, die von November 1929 bis November 1930 als wissenschaftliche Assistentin am MEI tätig war. Seitens der KPD bestand ein unmittelbares Interesse an der Unterstützung des Instituts. Worum es dabei auch ging, wird aus einem Schreiben von Karl Schmidt an das MEI vom 4. Mai 1933 deutlich. „Die Nachfrage nach Schriften von Marx und Engels wird bis jetzt größtenteils von sozialdemokratischen und bürgerlichen Verlagen gedeckt, die Marx entstellt und gefälscht

⁵² Die in den folgenden Abschnitten zitierten und erwähnten Dokumente werden im RGA, f. 71, op. 3, d. 41, 48, 47 u.a. aufbewahrt.
⁵³ Siehe Erfolgreiche Kooperation: Das Frankfurter Institut für Sozialforschung und das Moskauer Marx-Engels-Institut (1924–1928) (Beiträge zur Marx-Engels-Forschung, NF, Sonderband 2), Hamburg 2000, S. 51 ff.

herausgeben.“⁵⁴ Czöbel hatte für die Institutswandzeitung vom 1. Mai 1931 den Artikel „Sozialfaschisten! – Hände weg vom Marxismus“ beigesteuert. Darin hatte er zu den auf dem 11. Plenum benannten außerordentlichen Aufgaben, die dem Institut im Kampfe gegen den Sozialfaschismus zufallen, Stellung genommen. „In dem Kampfe um den unverfälschten, revolutionären Marxismus, den wissenschaftlichen Kommunismus, gewinnen die internationalen Editionsarbeiten des Instituts – die grosse Ausgabe der Werke von Marx und Engels und die populäre Ausgabe, die in allen Welt Sprachen erscheinen soll, – eine kolossale Bedeutung. Durch diese Ausgaben müssen wir den Brüderparteien helfen zu beweisen, dass der echte, unverfälschte Marxismus ist der Marxismus, wie ihn Lenin verstanden hatte, dass der lebendige Marxismus, der Marxismus der Epoche des Imperialismus und der proletarischen Revolution – der Leninismus ist. Mit diesen gewaltigen Editionsarbeiten muss das Marx-Engels-Institut ein sicheres Fundament bauen für die Lösung: Sozialfaschisten! – Hände weg von Marx!“⁵⁵ Seit Jahren wird die Notwendigkeit einer solchen Ausgabe betont, von unseren ausländischen Kommunistischen Parteien gefordert. Eine schwere Anklage gegen Rjasanow war, daß er diese Ausgaben nicht gemacht hat.“ Zu den Propagandisten, die an den Wechsel in der Chefetage des Moskauer Instituts die Hoffnung knüpften, dass es nun mit den populären Ausgaben der Klassiker vorangeht, gehörte u.a. Hermann Duncker.⁵⁶ Fröhlich besorgte die Ausgabe des Konspektes von Friedrich Engels über *Das Kapital*.⁵⁷

Am 25. April 1931 schickte Flieg an das IMEL, zu Händen der Genossen Adoratskij und Angarov, das folgende Schreiben: „1. Braun. [gemeint ist Gertrude Braun] Der Genosse wird in kürzester Zeit kommen. Er fährt allein, braucht also ein Zimmer. Es kommt allerdings eine Trennungszulage von 150 M in Frage, die nach Deutschland zu überweisen wäre. 2. Horst Fröhlich: Der Genosse fährt allein, eine Trennungszulage kommt nicht in Frage. Er braucht ebenfalls ein Zimmer und wird sofort fahren. 3. Karl Schmidt [...] kann nur fahren, wenn er seine Frau und ein Kind, das 4 Jahre alt ist, mitnehmen kann

⁵⁴ 1929 erschien im Leipziger Alfred Kröner Verlag eine von Benedikt Kautsky besorgte zweibändige Ausgabe des *Kapital*, die auf der „Volksausgabe“ aufbaute. 1932 erschien im Berliner Gustav Kiepenheuer Verlag eine von Karl Korsch besorgte ungekürzte Ausgabe nach der zweiten Auflage des *Kapital* von 1872.

⁵⁵ Sozialfaschisten! – Hände weg vom Marxismus! Zum 11. Plenum d. IKKI. RGA, f. 71, op. 50, d. 140.

⁵⁶ Hermann Duncker: Eine Neuausgabe des Marx'schen „Kapital“ (1929). In: Derselbe, *Einführungen in den Marxismus*, Bd. 1, Berlin 1958, S. 221–225.

⁵⁷ Einführungen in den Marxismus, Bd. 1, Berlin 1958, S. 221–225.
⁵⁸ F. Engels: Konspekt über „Das Kapital“. Erstmals veröffentlichtes Manuskript aus dem Archiv des Marx-Engels-Lenin-Instituts, Moskau, Leningrad 1933.

[...] 4. Duncker [...] kann nur dann fahren, wenn ihm eine Trennungszulage von 320 DM pro Monat gezahlt wird, da er in Deutschland so viele Verpflichtungen hat.“ Flieg bat um umgehende Antwort und sicherte zu, dass die Reisegelder ausgelegt werden. Am 10. Mai 1931 schrieb Angarov in diesem Zusammenhang an Wilhelm Pieck und drängte darauf, dass die Genossen sofort nach Moskau abreisen und nicht erst auf das Geld warten.

1931 und 1932 kümmerte sich Pieck von der Vertretung der KPD beim EKKI um die Anstellung von deutschen Bewerbern am IMEL. „Zu der Anfrage vom 11. 8. [1931] über die Mitarbeit des Genossen Julian Borchert [Borchardt⁵⁸ - WH] am Institut teile ich Ihnen mit, daß ich Julian Borchert schon seit 1903 kenne und glaube, daß er sehr nützliche Arbeit am Institut leisten könnte. Welche Schwierigkeiten sich allerdings durch seine Berufung nach Moskau im Unterhalt seiner Familie ergeben würden, vermag ich nicht zu beurteilen. Mir ist leider die Meinungsäußerung des Gen. Flieg über seine Mitarbeit nicht bekannt. Sollten von ihm Bedenken geäußert sein, so würde ich selbstverständlich mich diesen Bedenken anschließen, da das ZK natürlich besser als ich in der Lage ist, ein Urteil über diesen Antrag abzugeben.“⁵⁹ Am 9. Februar 1932 teilte er der Leitung des IMEL mit: „Werte Genossen! Das Sekretariat des ZK der KPD teilt uns mit, daß das frühere Parteimitglied Maslow ihm die Kopie eines Schreibens an die Leitung des Marx-Engels-Instituts übermittelt hat, in dem er den Vorschlag macht, ihn bei der deutschen Übersetzung der Lenin-Ausgabe zu verwenden. Da Maslow in dem Schreiben wörtlich schreibt „Nach wiederholter Rücksprache mit leitenden Genossen der KPD habe ich den Eindruck gewonnen, daß hier keinerlei Bedenken gegen solche Verwendung vorliegen“, fühlt sich das Sekretariat verpflichtet, Ihnen mitzuteilen, daß kein führender Genosse in einem solchen Sinne mit Maslow gesprochen hat. Diese Mitteilung geschieht nur, damit bei der Verwendung von Maslow nicht der Irrtum entsteht, als ob führende Genossen ihr Einverständnis gegenüber dem Genossen zu einer solchen Verwendung zum Ausdruck gebracht haben.“⁶⁰ Die von Wilhelm Münzenberg empfohlene Mitarbeiterin Hedwig Brandt wurde im April 1932 von der deutschen Vertretung nicht weiter empfohlen.⁶¹ Birman wandte sich bei Anfragen um Auskünfte über ausländische Bewerber an die jeweiligen Vertreter der kommunistischen Parteien beim EKKI, Tovstucha fragte in einigen Fällen bei Angarov von der Geheimen Po-

⁵⁸ Siehe Karl Marx: Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Gemeinverständliche Ausgabe besorgt von Julian Borchardt, 1. Aufl. 1919, neue Bearb. 1931.
⁵⁹ RGA, f. 71, op. 3, d. 41.
⁶⁰ RGA, f. 71, op. 3, d. 41.
⁶¹ RGA, f. 71, op. 3, d. 48.

litischen Abteilung der OGPU nach. „Gienn. Levit R. A. hat sich an uns gewandt, sie am IMEL einzustellen, Mitglied der KPD seit 1924 hat in der Berliner Handelsvertretung gearbeitet, wir bitten Sie“, schrieb Birman an Pieck. Ihrer Mitgliedschaft in der KPD zu bestätigen und mitzuteilen, ob sie am IMEL beschäftigt werden kann oder nicht.“ Bewerber, die der deutschen Vertretung nicht bekannt waren wie z.B. Erwin Schuler, wurden trotz „Kadermangel“ abgelehnt. Aus Amerika war S. Dobo auf eigene Initiative über „Intourist“ eingereist und bat um Anstellung in der Bibliothek des IMEL. Nach Anfrage bei der OGPU wurde er eingestellt. Anwärter mit einer politischen Biographie, die nicht den Vorstellungen der Institutsleitung entsprach, hatten keine Chance. Adoratskij antwortete am 20. März 1932 Gen. Kamenskij von „Amtorg“⁶² und „bedauerte“, für den empfohlenen Burgin z.Zt. keine passende Stelle am Institut zu haben. Burgin arbeitete seit 1925 bei der Außenhandelsfirma Amtorg, war theoretisch gebildet, hatte in den Vereinigten Staaten über Marx und Lenin publiziert und kannte die amerikanische Arbeiterbewegung. 1899 war er dem „Bund“ beigetreten, in der Emigration gehörte er dem sozialistischen Flügel der amerikanischen sozialistischen Partei an. Nach der Gründung der KP der USA trat er dieser Partei bei. Die einzige Bedingung, die er an seine Bewerbung knüpfte, war eine Wohnung in Moskau. Am 15. März 1932 hatte sich B. V. Avilov als Übersetzer am IMEL beworben. In der OGPU lag nichts gegen ihn vor. Avilov wurde auf Honorarbasis beschäftigt.⁶⁴ „Bewährte Genossen“ mit einer „sauberen Kaderakte“ standen im Institut nach der „Säuberung“ hoch im Kurs. Tovstucha bat Fedoseev am 10. Dezember 1931 um die Überstellung von P. S. Šneer, der aus gesundheitlichen Gründen die Redaktion der *Izvestija* verlassen mußte und ans IMEL wechselte.⁶⁵ Im Apparat des ZK der KPdSU(B) hatte man wenig Verständnis für die Sorgen der neuen Institutsleitung. Tovstucha beschwerte sich am 28. November 1931 beim Orgbüro des ZK der KPdSU(B), weil Sidorov auf Beschluss des Büros zwei Tage zuvor als stellvertretender Leiter der Abteilung Kultprop des ZK eingesetzt worden war. Sidorov wurde gewissermaßen über Nacht aus dem Sektor Geschichte der KPdSU(B) am IMEL – „einem der wichtigsten aber auch der schwächsten, weil Arbeitskräfte fehlten“ – abgezogen. „Die Abberufung von Sidorov bringt uns in eine absolut unmögliche Lage“.

⁶² Intourist – international agierendes sowjetisch-staatliches Reisebüro.

⁶³ Amtorg – Amerikanako-Sovetskoe torgovoe akcionernoe obščestvo [Amerikanisch-Sowjetische Handels-Aktionsgesellschaft].

⁶⁴ RGA, f. 71, op. 3, d. 47.

⁶⁵ RGA, f. 71, op. 3, d. 32.

schrrieb Tovstuchta. „Man hat es nicht einmal für nötig erachtet, mich zu informieren. Es ist sehr schwer, unter solchen Bedingungen zu arbeiten.“⁶⁶ Am 8. Juli 1932 legten deutsche Mitarbeiter die von Karl Schmidt ausgearbeiteten „Vorschläge zur Verbesserung der Arbeit des IMEL im Sinne der sechs Bedingungen des Gen. Stalin“ der Rationalisierungskommission der Gewerkschaftsleitung vor. „Die Erfahrung des letzten halben Jahres hat die Neuorganisation vollkommen gerechtfertigt und gezeigt, daß die Art der Organisation der Sektoren richtig war. Sie hat zugleich gezeigt, in welcher Richtung die Arbeit verbessert werden muß. Es sind vor allem drei Fragegebiete: a) Planung; b) Zentralisierung und Rationalisierung der Arbeit; c) Spezialisierung und Qualifizierung der Mitarbeiter, Kaderschulung.“ Inzwischen war auch am Institut der Akkordlohn eingeführt worden. Die wirtschaftliche Rechnungsführung hatte, wie Schmidt schrieb, die „Kontrolle der Arbeit durch den Arbeiter“ zur Folge. Im Unterschied zu anderen „wissenschaftlichen Großbetrieben“ zu Beginn des 2. Fünfjahrplans in der UdSSR war die „Entfaltung der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit“ am IMEL völlig unterentwickelt. Schmidt verglich das Institut mit jener „Glasmanufaktur“, die Marx im *Kapital* beschreibt. Aus dem diffusen Konglomerat kann nur dann ein einheitliches Ganzes werden, fasste Schmidt zusammen, wenn es gelingt, durch „sorgfältige Auswahl der Mitarbeiter die besten, solidesten, erprobten Arbeiter die Lust zu der Arbeit haben und denen durch diese Spezialisierung ein weiterer Weg der wissenschaftlichen Arbeit geöffnet wird“. Stalins Lösung „Die Kader entscheiden alles!“ traf für das IMEL mehr denn je zu. Aus einer Ende 1934 erstellten Liste⁶⁷ geht hervor, dass am Institut außer Walter Haenisch, Sauer und Schmidt 15 deutsche bzw. österreichische Frauen und Männer, die meisten Mitglieder der KPD bzw. KPÖ, beschäftigt waren. Sie waren seit 1932 in die UdSSR eingereist und bis 1934 am IMEL eingestellt worden. Es handelt sich um folgende Mitarbeiter:

Name	in die UdSSR eingereist	am IMEL seit	Partei
Scherber, Paul	1934	11.05.1934	KPD
Boitling, Maria	1934	10.05.1934	KPD
Zint, Charlotte	1933	10.05.1934	parteilos
Kühne, Martha	1933	10.12.1934	KPD
Hoffmann, Johanna	1931	25.08.1931	parteilos
Kaspar, Elsa	1932	13.08.1932	parteilos

⁶⁶ RGA, I. 71, op. 3, d. 32.

⁶⁷ RGA, I. 71, op. 3, d. 57.

Mundt, Charlotte	1934	27.01.1934	parteilos
Schmelzer, Hildegard	1934	01.07.1934	KPD
Winter, Elisabeth	1933	15.07.1934	parteilos
Eipel, Anna	1932	03.05.1934	parteilos
Rang, Luise	1933	07.07.1934	parteilos
Winkler, Willi	1933	02.10.1934	KPD
Lindström, Gertrud	1934	27.11.1934	KPD
Kerskaja, Dorothea	1934	09.10.1934	parteilos
Goldzweig, Elfriede	1932	13.09.1934	KPD

Zu den österreichischen Kommunistinnen, die 1932/33 nur kurzzeitig am Institut arbeiteten, gehörte auch Luise Soucek. Am 1. August 1931 war sie mit ihrem Ehemann in die UdSSR eingereist. Neben der Arbeit am IMEL studierte sie bis 1934 an der Kommunistischen Universität der Minderheiten des Westens. Danach war sie von 1936 bis 1938 als Sekretärin an der Internationalen Lenin-Schule, und von 1938 bis September 1941 im Verlag für fremdsprachige Literatur tätig. Im September 1941 wurde sie zum Parteivorsitzenden der KPÖ Fürnberg bestellt, der ihr vorschlug, als Funkerin ausgebildet zu werden. Im Mai 1943 erhielt sie von Georgi Dimitroff den Auftrag, nach Wien zu gehen. Am 4. Januar 1944 wurde sie und andere Mitglieder der Gruppe verhaftet. Nach Besetzung Wiens durch sowjetische Truppen wurde sie vom NKWD verhaftet, nach Moskau überstellt und kam im Arbeitslager um.

6. Die Wohnungsfrage

Das Hauptproblem, ein Grund für die schleppende Bearbeitung der Anträge in den 30er Jahren, blieb nach wie vor die Wohnungsfrage. Dem Institut standen für die Mitarbeiter nicht genügend Zimmer, von Wohnungen ganz zu schweigen, zur Verfügung. Valerie Kropp erhielt auf ihre Bewerbung vom April im September 1928 die Zusage, sie einzustellen, sobald ein Zimmer frei wird. Im Oktober teilte Rjazanov mit: „nachdem es sichergestellt ist, daß ein Wohnzimmer für Sie zur Verfügung stehen wird, wiederhole ich nunmehr ohne Vorbehalt in endgültiger Form die Einladung an Sie, nach Moskau zur wissenschaftlichen Mitarbeit an das Marx-Engels-Institut zu kommen. Sobald ich von Ihnen höre, daß Sie reisefähig sind, werde ich die Berliner Botschaft der UdSSR wegen Erteilung des Einreisevisums benachrichtigen und Ihnen eine Summe für die Reisekosten zur Verrechnung überweisen lassen.“ Ausländer

wurden in der Regel für die Dauer von zwei Jahren verpflichtet, wobei es möglich war, den Ehepartner und die Kinder mitzunehmen. Die Reisekosten wurden vorfinanziert.

Golda Fröhlich beschrieb in einer Mitteilung vom 3. Dezember 1936 an die Deutsche Sektion einen solchen Fall: „Sommer 1934 sagte mir der Leiter des Parteiarchiv im Marx-Engels-Lenin-Institut, Genosse Tichomirnow, daß eine Frau Freund, Schwiegermutter des Genossen Arossew (Präsident der Wolski Gen. Horst F. zu sprechen wünsche. [...] Ein Genosse Mattes, der Horst aus seiner Tätigkeit in der B.L. Berlin-Brandenburg kannte, sei in Prag als Emigrant und habe sie gebeten, mit H[orst]F[röhlich] zu sprechen, daß er ihm helfen solle, hier in Moskau Arbeit zu erhalten. Zu diesem Zweck hatte er ein Bewerbungsschreiben mitgegeben, das seine Qualifikationen schilderte. Ich sagte Frau Freund, daß Gen. Fröhlich da nichts machen könne. Der Genosse Fritz Heckert lehnte eine den Dienstweg ausschließende Hilfe ab. Später stellte sich heraus, daß „Frau Freund Anhänger der Pollackgruppe, einer trotzkistischen Gruppe, sei“.

Haenisch schrieb am 17. August 1931 an Adoratskij: „Ich habe mich mit Schreiben vom 13. Juni 1931, an das Zentral-Komitee der KPD gewandt und um die Stelle eines Mitarbeiters im Marx-Engels-Institut beworben. Wegen der gegenwärtigen innerpolitischen Verhältnisse in Deutschland ist es mir unmöglich, mich beim ZK der KPD selbst über die in dieser Angelegenheit weiterhin erfolgten Schritte zu informieren. Darf ich Sie bitten, mir direkt vom Institut aus Nachricht zu geben, ob schon irgend welche Entscheidungen getroffen worden sind? Mit kommunistischem Gruß, Walter A. Haenisch.“

Seit Sommer 1931 hatte Haenisch, der sein Studium aus Geldgründen aufgeben musste, „in der MASCH Kurse über Geschichte der deutschen und englischen Arbeiterbewegung und Grundfragen des Marxismus gehalten. Herein gezogen in diese Arbeit wurde ich durch gelegentliche Teilnahme an der (auf dem Dezemberplenum 1932 von Gen. Thälmann scharf kritisierten) Arbeitsgemeinschaft einiger Parteigenossen über alle möglichen theoretischen und historischen Fragen (Teilnehmer u.a. Schneller, Braun, Duncker, Johann Schmidt, Gerber, Emel, u.a.). [...] Im Juni 1931 trat Genosse Hans Jaeger, damals Bevollmächtigter des reorganisierten Marx-Engels-Instituts in Moskau, der beauftragt war, neue Kader für das Institut zu suchen, mit der Aufforderung an mich heran, nach Moskau zu gehen. Ich hatte in den vorhergehenden Jahren zunächst in der Bibliothek des British Museum in London, später im Preussischen Geheimen Staatsarchiv in Berlin und im Marx-Engels-

Nachlaß im Archiv der SPD in Berlin umfangreiche Quellenstudien zu Fragen der Frühgeschichte der deutschen und englischen Arbeiterbewegung und zur Biographie von Marx und Engels gemacht.“

Adoratskij bot Walter Haenisch am 6. September 1931 eine Anstellung an. „In Beantwortung Ihres Schreibens vom 17. August teilen wir Ihnen mit, daß wir bereit sind, Ihnen eine Stelle im Marx-Engels-Institut anzubieten. Wir werden Ihnen noch nachträglich mitteilen, wann wir Ihre Reise nach Moskau anzutreten bitten; das hängt nämlich von der Lösung des Wohnungsproblems ab. Wir nehmen an, daß sie alleinstehend sind und folglich mit einem kleinen Zimmer Ihnen Genüge geleistet werden kann. Im Oktober hoffen wir, in der Lage zu sein, Ihnen den festen Zeitpunkt Ihres Antritts mitteilen zu können.“ Seit April 1931 übte die Institutsleitung Druck auf die Moskauer Stadtverwaltung aus, um diese zu veranlassen, die Familien der verhafteten Institutsmitarbeiter mit anderem Wohnraum zu versorgen.

In vom MEI verwalteten Häusern wohnten Familienangehörige von Verurteilten. Da dieser Wohnraum bereits 6 aus Deutschland eintreffenden Mitarbeitern und ihre Familien zugesichert worden war, musste eine Lösung herbeigeführt werden. Bei den betroffenen Angehörigen handelte es sich um drei Angehörige von Rybakov, um einen Angehörigen von Rubin und drei Angehörige von Kaganovič.⁶⁸

Im Januar 1932 reiste Walter Haenisch ab, im März folgte ihm seine Frau Gabriele nach Moskau.⁶⁹

„Ende April“, erinnert sich Gabriele Haenisch, jetzt Stammberger, „erhielten wir die Nachricht, unser neues Zimmer sei fertig gestrichen. [...] Die Originalzimmer des Hauses waren so groß, daß man sie in zwei Zimmer mit gemeinsamem Vorraum aufteilte. Für Moskauer Verhältnisse wohnten wir nun in einem Palast.“⁷⁰

Haenisch war an der von Schmidt geleiteten Vorbereitung der Volksausgabe des *Kapital*⁷¹ und der *Marx-Chronik*⁷² beteiligt. „Redigiert wurde die Chronik

⁶⁸ RGA, f. 71, op. 3, d. 41.

⁶⁹ Gut angekommen – Moskau. Das Exil der Gabriele Stammberger 1932–1954. Erinnerungen und Dokumente, Berlin 1999, S. 23.

⁷⁰ Ebenda, S. 32.

⁷¹ Der erste Band der vom IMEL besorgten Volksausgabe des *Kapital* (Adoratskij's Vorwort ist vom 30. März datiert) erschien 1932. Band 2 (Buch 2: Der Zirkulationsprozeß des Kapitals) folgte im Februar 1933. Die zwei Halbbände des dritten Bandes wurden im Juni 1932 bzw. 1934 publiziert.

⁷² Karl Marx. Chronik seines Lebens in Einzeldaten. Zusammengestellt vom Marx-Engels-Lenin-Institut, Moskau, 1934. 464 S. Am 5. 1. 1933 schrieb Jaeger an das MEI: „J. Hirschfeld erwidert wegen Biochronik, daß er alle Lieferfristen einhalten könne und sofort nach Eingang des Manuskripts am 11. Januar den Satz in Angriff nehmen werde.“

beitsbedingungen machen möchte. Andere, für die Parteiarbeit in Deutschland unentbehrliche Genossen, wie z.B. der Redakteur der *Internationale*, Schmidt, traten die Reise nach Moskau an.

7. Die Schlachten an der Verlagsfront

Die von den Institutsmitarbeitern erbrachten Leistungen waren enorm. Schmidt wirkte von 1931 bis 1935 an der Vorbereitung, Redaktion, Erarbeitung der Vorworte und Kommentierung folgender Arbeiten von Marx und Engels mit: *Das Kapital*, Bd. 1 und 3, Teil 1; *Lohnarbeit und Kapital*; *Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft*; *Kommunistisches Manifest*; *Die Klassenkämpfe in Frankreich*; *Der 18. Brumaire*; *Der Bürgerkrieg in Frankreich*.

Bezug nehmend auf die Marx-Kampagne schrieb Jaeger am 14. Januar 1933 nach Moskau, „dass [...] jetzt der Vertrieb folgender Elementarbücher bzw. Bände der Marxistischen Bücherei forciert wird: Lohn, Preis und Profit, Lohnarbeit und Kapital, Programm-Kritiken, Über den Reformismus, Lenin über Marx, Diktatur des Proletariats und der Renegat Kautsky, Bürgerkrieg in Frankreich, 18. Brumaire, Feuerbach, Manifest, dazu zahlreiche andere Sachen“.⁷⁶

Neben dieser Arbeit und der propagandistischen Tätigkeit schrieb Schmidt zahlreiche Artikel zur Auseinandersetzung mit der linken Sozialdemokratie, über die Kriegsfrage und die Verfälschung des Marx'schen Nachlasses durch Karl und Benedikt Kautsky. Dass dabei Fehler unterliefen und übersehen wurden, liegt auf der Hand. Wachsame Genossen meldeten diese weiter, was zur Folge hatte, dass im Zuge der Weitergabe zusätzliche „Übertragungsfehler“ auftraten. Das unter deutschen Kindern als „Stille Post“, unter russischen Kindern als „Kaputtes Telefon“ verbreitete Spiel fand auch zwischen den Komintern-Instanzen statt. Mit dem Unterschied, dass es hier am Ende nichts zu lachen gab, denn auch an der Verlagsfront ging es ums Überleben.

Die von Schmidt geleitete Brigade hatte die von Wolff vorgenommenen Korrekturen als Korrekturen von Marx aufgefasst und veröffentlicht. „Ich habe vor einem Jahr bei der Herausgabe der ‚Kritik der politischen Ökonomie‘ erbeigefügte Druckfehlerverzeichnis übersah und die Druckfehler statt auf Grund dieses Verzeichnisses, auf Grund des Marx'schen Handexemplars, eines Exemplars von Wolff berichtete.“ Über die *Deutsche Zentral-Zeitung*

⁷⁶ RGA, f. 71, op. 50, d. 47.

wurde dieser Fehler am 12. September 1933 aufgedeckt.⁷⁷ Die Rektorin der Universität der Völker des Westens M. J. Frumkina, die im Nachhinein, als die Kampagne gegen Schmidt lief, informiert wurde, wollte daraufhin die Schmidt 1934 nicht mehr als Hochschullehrer beschäftigen. „Ich kann verstehen“, wandte sich Schmidt an Frumkina, „daß die Direktion der Westuniversität nicht wünscht, daß unter den Schülern Gerüchte umgehen, die geeignet wären, die Autorität eines Lehrers zu untergraben. Das Richtige scheint mir in diesem Fall, diese Gerüchte nachzuprüfen und den Verbreiter [...] zu ersuchen, sich nicht mit solichem Klatsch zu befassen. Nicht ganz verständlich ist mir aber, wie die Direktion auf Grund nicht nachgeprüfter Gerüchte zu organisatorischen Entscheidungen über einen Lehrer gelangen kann.“

Nach der Machtergreifung durch die Nationalsozialisten konnte die Werkausgabe nicht mehr in Deutschland gedruckt werden. Die Institutsleitung war von den Ereignissen in Deutschland überrascht und registrierte mit Erstaunen die Eintritte ehemaliger deutscher Mitarbeiter, wie Dr. Biehahn, in die Reihen der NSDAP⁷⁸ oder die Verhaftung und Einlieferung in Konzentrationslager (Paul Frölich)⁷⁹. Im März 1933 verließ Jaeger Leipzig und begab sich nach Prag, wo er am 17. März eintraf. In Leipzig war am 2. März 1933 die „Internationale Marx-Engels-Gesellschaft“ (Sitz Hohe Str. 35) gegründet worden.

„Sie werden sich wundern“, schrieb Jaeger nach Moskau, „aber ich mußte umgehend von Leipzig fort. Es wäre keine Stunde mehr gegangen. Ich wußte schon zuletzt überhaupt nicht mehr, wohin ich sollte. Ein Wunder, dass ich überhaupt durchkam. Es waren mir allerhand Freundlichkeiten angekündigt worden. Wie es in Deutschland ist, werden Sie aus der außerdeutschen Presse wissen.“⁸⁰ Das von Frölich verfasste Antwortschreiben aus Moskau vom 22. März lautete: „Mit Ihren Dispositionen sind wir voll und ganz einverstanden. Da Sie einmal infolge der Umstände dort gelandet sind, sind wir auch einverstanden, wenn Sie einstweilen dort bleiben. [...] Die Biochronik betreffend bitten wir, wenn schon der größte Teil des Textes ausgedruckt ist, zu versuchen die Rohbogen nach Prag zu nehmen. Wenn nur ein kleiner Teil ausgedruckt ist, die restlichen Bogen bei H. nur matrizieren zu lassen, die Matrizen nach dort zu

⁷⁷ Ein entsprechender Artikel ist in der DZZ nicht veröffentlicht. Am 21. September 1933 erschien ein Bericht von Friedrich König „20 Tage der deutschen Literatur“, auf den in den nächsten Ausgaben (u.a. am 2. Oktober 1933) Artikel, über das, „was in Moskau in deutscher Sprache erscheint“ folgten. Hierbei handelte es sich nicht um Rezensionen, sondern um Annotationen und Auflösungen der im Druck befindlichen bzw. ausgelieferten Literatur.

⁷⁸ Jaeger an Marx-Engels-Institut, 2. 8. 1933, RGA, f. 71, op. 50, d. 50.

⁷⁹ Nach Auskunft von Rost Wolfstein, 30. 9. 1933, RGA, f. 71, op. 50, d. 49.

⁸⁰ RGA, f. 71, op. 50, d. 48. Siehe S. 371.

Fröhlich, der erst 1924 nach Breslau kam, behauptet, bei den Rechten [...] Zweite Behauptung Fröhlichs: Nixdorf hat 1931 Rjasanov unterstützt. Dazu gibt es ein offizielles Parteidokument. Das Moskauer GorkKK hat am 6. August 1933 einen Beschluß gefaßt in dem es heißt: Nixdorf hat keine Unterstützung Rjasanov geleistet und ist deshalb keiner Parteistrafe zu unterziehen. [...] Eine Menge von Parteigenossen können bestätigen, daß H. Fröhlich ein alter persönlicher Feind von mir ist. Er wirft mir vor, 1923/24 an seiner Abberufung aus Breslau mitgewirkt zu haben, 1930 zusammen mit K. Schmückle bei W. Pieck gegen seine Berufung ans Imel protestiert zu haben, er deutete mir an, daß er mich für den Autor eines Artikels in der Deutschen Zentral-Zeitung hält, in der seine Broschüre „Moskau, die lockende Stadt“⁸⁴ als halbtrotzkistisches Machwerk gekennzeichnet wurde.“

Gegen die Publikation der Broschüre hatten sich u.a. Duncker und Clara Zetkin ausgesprochen. Im Anschluss an das vernichtende Gutachten zog der Verlag die Broschüre aus dem Verkauf zurück.⁸⁵

Aber die Verhaftung von Nixdorf war damit nur aufgeschoben. Auch andere deutsche Parteimitglieder, unter ihnen Gertrud Braun, gaben mit denen von Fröhlich vergleichbare Angaben über Nixdorf zu Protokoll. „Ich bin der Meinung, daß Gen. Nixdorf nicht völlig auf dem Boden der Generallinie steht. Ich merke das aus einzelnen Äußerungen wie der anlässlich des Parteiausschlusses von Sinowjew: 'Jetzt wird man schon ausgeschlossen, wenn man irgendwel-

⁸⁴ Horst Fröhlich: Die lachende Stadt. Moskau 1932, 49 S. Das Buch ging am 9. Januar 1932 in Satz und am 28. Juni 1932 in Druck. Im Vorwort des Verlages heißt es: „Wir übergeben hiermit den deutschen Arbeitern und Touristen in der Sowjetunion eine kleine Sammlung von Reportagen, die ein Freund unseres Landes im Sommer und Herbst 1931 geschrieben hat. [...] Die kleinen Reportagen erheben nicht den Anspruch auf wissenschaftliche Analyse der Probleme des sozialistischen Aufbaus, sie geben nur einige charakteristische Beobachtungen wieder, wie sie der Besucher aus einem kapitalistischen Land in den ersten Monaten seines Aufenthalts in der Sowjetunion zu machen imstande ist.“ Auch H. Fröhlich stellte der Sammlung eine mit „An Stelle eines Vorworts“ überschriebene Einleitung voran. Darin heißt es: „Das sind ganz wertlose Artikel“, sagte Herr Stampfer, Chefredakteur des „Vorwärts“, des Zentralorgans der SPD, diesen Artikeln nichts über die Besoffenen, die wie Schweine auf den Straßen Moskaus mitten im Dreck liegen? Über das schaurige Straßenpflaster? Nach einem Monat sehen die schönsten Stiefel schief, lähm und bucklig aus, daß Gott erbarm. Aber kein Schuster erbarmt sich. Denn es gibt kein Leder. Über die überfüllten Wohnungen, denen auch das notwendigste Mobiliar fehlt? Über die überfüllten Wohnungen, denen auch der des bolschewistischen Rußland? usw. usw.“ (S. 5)

⁸⁵ Horst Fröhlich verschenkte im November 1932 signierte Exemplare „Zur Rückerinnung an die lachende Stadt“. Zwei signierte Broschüren befinden sich in der Bibliothek der SAPMO, Berlin.

ches Material liest und nicht der Partei sofort die Autoren angibt.' Ich erinnere mich genau, daß ich mit dem Gen. Schmidt oder Fröhlich damals davon gesprochen habe. Damals sagte mir einer der beiden, ich weiß nicht mehr welcher: 'Laß doch von dem Verkehr mit Nixdorf, das ist sehr schädlich für Dich.'“ Im Zusammenhang mit der Vorbereitung auf die Moskauer Schauprozesse wurde er verhaftet.

Nixdorf war bereits Ende 1927 zur Arbeit am Institut eingetroffen. Im MEI war man auf seine Archivarbeiten in schlesischen Archiven aufmerksam geworden und nahm Verbindung zu ihm auf. Nixdorf folgte der wenig später ausgesprochenen Einladung zur Arbeit in Moskau. Nach seiner Abreise setzte Braun im November 1927 die Nachforschungen für das Institut fort. „Ein Ausweis von Prof. Grünberg erübrigt sich wohl. Sie brauchen Herrn Direktor Hippe nicht zu verheimlichen, daß Ihre Arbeiten im Zusammenhange stehen dürften mit der Marx-Engels-Gesamtausgabe, die das Moskauer Institut besorgt und Sie können ihm die enge wissenschaftliche Zusammenarbeit des Moskauer und des Frankfurter Instituts andeuten“, schrieb Nixdorf am 19. Dezember 1927 aus Moskau an Braun. Vier Monate später zog sie nach Berlin, mit den Recherchen für das Moskauer Institut hatte sie ihren Bruder Martin Braun beauftragt.

Nixdorf wurde 1929 in Moskau als Versöhnler in der KPD diszipliniert und wechselte 1931 ins Pädagogische Institut für Neue Sprachen, wo er als Dozent für Politökonomie tätig war. Am 3. Februar 1935 erfolgte die Verhaftung durch das NKWD „wegen faschistischer Propaganda“. Nach dem Ausschluss aus der KPdSU(B) wurde er am 26. Juni 1935 „als Trotzkist und Volksfeind“ für 5 Jahre in das Lager Mariinsk verbannt. Bezug nehmend auf die Entscheidung der Parteikontrollkommission vom 26. März 1935 verfaßte Nixdorf die erste ausführliche Eingabe aus dem Lager.

Die Eingabe an Generalstaatsanwalt Wyßinskij, die Haftstrafe in Verbannung umzuwandeln, wurde ignoriert, die IKK lehnte das am 15. August 1935 an den VII. Kominternkongress gerichtete Gesuch um Wiederaufnahme in die Partei ab. „Bei N[ixdorf] handelt es sich um einen Genossen“, ist einer Notiz vom 15. Mai 1935 zu entnehmen, „der schon mehrmals mit der KPD, der er seit 1920 angehört, Differenzen hatte. Wegen seiner Differenzen, die er 1921 mit der Partei hatte, wurde er ausgeschlossen. Sein Ausschluß wurde jedoch rückgängig gemacht. Nachdem gehörte N[ixdorf] der Versöhnlergruppe der KPD an.“ Dass es sich bei den Differenzen um Meinungsverschiedenheiten über die Märzaktion handelte und Nixdorf während der Ruth-Fischer-Periode in der Partei abgestraft wurde, spielte in der Komintern keine Rolle.

Als Dozent am Pädagogischen Institut hatte Nixdorf in Moskauer Bibliotheken zugängliche deutschsprachige Zeitungen wie das *Berliner Tageblatt* oder die *Frankfurter Zeitung* in den Lehrveranstaltungen ausgewertet. Das brachte ihm den Vorwurf „faschistischer Propaganda“ ein. Zeitungslektüre zum Nachweis der Krise des Kapitalismus kann kein Staatsverbrechen sein, wandte Nixdorf ein. Seine Opponenten wiesen das Argument mit dem Hinweis ab, dass er auch Ernst Jüngers Romane durch seine Studenten auswerten ließ. Was für sie ein Beispiel für faschistische Propaganda war, war für Nixdorf das Beispiel für die Idealisierung des Krieges durch deutsche Intellektuelle. Mehr noch, von diesem Zeitpunkt an wurde das „Urteil“ dem jeweils aktuellen Feindbild in der KPdSU(B) angepaßt. Zunächst wurden aus „faschistischer Propaganda“ „faschistische Umtriebe“. Am 9. September 1936 erteilte die Kaderabteilung die Auskunft, dass Nixdorf „wegen trotzkistischer, sinowjewistischer und anderer konterrevolutionärer Verbrechen gegen die Arbeiterklasse aus der Partei ausgeschlossen“ wurde.

Karl Schmidt teilte Heckert am 19. Dezember 1933 mit: „Ich hatte die Reinigungskommission des MEL-Instituts gebeten, die Frage des Briefes der Frau Braun zu klären. Abol, der Vorsitzende der Kommission, hat mir nun seine Meinung über den Brief mitgeteilt. Ich bitte die deutsche Vertretung, die Meinung der Kommission einzufordern. Inzwischen wurde festgestellt, und der Zelle des MEL-Instituts mitgeteilt, daß die Braun immer noch mit Nixdorf Verbindung hat und ihn Ende Oktober, Anfang November kurz vor Abfassung des Briefes aufgesucht hat, ferner daß N. Mitarbeiter des Instituts in auffälliger Weise über die Reinigung der Genossen Fröhlich und Schmidt ausgefragt hat (Angabe der Gen. Neubauer und Motschalowa). Der Brief der Braun ist in der Tat eine Fortsetzung ihres antiparteilichen Treibens. Ich bitte ihn mit diesem Brief zusammen der IKK zu übergeben, damit er den übrigen Papieren des „Falles Braun“ beigelegt wird.“ Braun, der seit Mai 1933 Zugehörigkeit der Gruppe um Wollenberger vorgeworfen wurde, wurde am 17. Oktober 1934 zu einer Aussprache geladen. Inzwischen hatte Sauer zu der Angelegenheit Stellung genommen. Alle erkannten in Schreiben an die Parteizelle des Instituts ihre Fehler und ihre mangelnde Wachsamkeit an. Die deutschen Mitarbeiter waren nach der Umstrukturierung des Instituts völlig von den russischen isoliert. Zwischen den ausländischen Genossen herrschte eine „Atmosphäre des Klatsches und der gegenseitigen Konkurrenz, an der Tagesordnung waren dauernde Streitigkeiten, die sich in der Abgabe von Dutzenden Erklärungen gegeneinander an die Direktion des Imel auswirkten“, erinnerte sich Braun. Diese Atmosphäre wirkte sich nachteilig auf

die Publikationstätigkeit des Instituts aus. Anfang 1935, Anfang 1936 und 1937 erschien jeweils nur ein Band des Marx-Engels-Briefwechsels.²⁶ Am 9. Mai 1933 hatte die Sitzung des Zellenbüros des IMEL stattgefunden. Auf der Braun versuchte „offenherzig und ehrlich“ ihre Fehler zu bekennen. Sie wies auf ihre kleinbürgerliche Herkunft hin, auf die „Verbindung zu parteifeindlichen Gruppierungen“ und erwähnte die Lektüre „konterrevolutionärer Literatur“. Von der Entwicklung in der UdSSR war sie enttäuscht. „Bei Beginn meiner Arbeit im Institut und bei wachsender Freundschaft mit Neubauer und Fleischner begann ich mit ihnen zu diskutieren. Als Mensch ohne Parteidisziplin und ohne Verantwortungsgefühl verstand ich nicht, daß ich der Partei verpflichtet bin, ihr über mein politisches Gesicht Rechenschaft zu geben. Wie es jeder reine Intellektueller, jeder kleinbürgerliche Liberaler tut, glaubte ich das Recht zu haben, meine Meinung zum endgültigen Maßstab zu machen und sie jungen, z.T. parteilosen Genossen vorzutragen.“ Die jungen Mitarbeiter, unterstrich sie in ihrem Bericht, sind von der Partei- und Gewerkschaftsleitung allein gelassen worden. Obwohl in den letzten zwei Monaten in ihrem Verhalten eine grundlegende Wandlung zu verzeichnen gewesen sei, konstatierte Braun, dass die Parteigruppe diese „Korrektur“ ignorierte und sie behandelte wie bisher.

„Alle Genossen, auch diejenigen, die bis in die letzte Zeit von mir die beste Meinung hatten, traten plötzlich in diesen Versammlungen gegen mich, als einen bewußten Konterrevolutionär, als Lügner, als Schauspielerin, die bisher die Rolle der Naiven gespielt hat, auf“, schrieb sie am 22. Mai 1933. „Einige Genossen gingen sogar so weit, mich als aktives Mitglied einer konterrevolutionären, trotzkistischen Organisation zu bezeichnen und verlangten von mir Angabe der Organisationsmitglieder, Zeit und Ort der Zusammenkünfte, Presen usw. Mit welchen Argumenten man gegen mich vorging, charakterisiert folgendes: Gen. Karl Schmidt bezeichnete mich als Freund von Felix Wolf, den ich bis dahin noch nie gesehen hatte und Gen. Horst Fröhlich trat auf, daß mein Mann, mit dem er nie näher gesprochen hat, auf ihn dem Aussehen nach den Eindruck eines Trotzkisten gemacht habe.“

Feja Schewes, die von 1932 bis 1934 als Hilfskraft im IMEL arbeitete, erhielt 1933 eine Rüge wegen mangelnder Wachsamkeit und versöhnlicher Haltung gegenüber Trotzkisten.

²⁶ Band 1 (1844–1853) ging 27. November 1934 in Druck; Adocatskija Vorwort ist mit dem 7. November datiert. Band 2 (1854–1860) ging am 15. November 1935, Band 3 (1861–1867) am 15. Dezember 1936 in Druck.

Die aktionkundigen Bürgschaften und Empfehlungen von Mitgliedern nicht bolschewistischer Parteien, d. h. Menschewiki, Sozialrevolutionären oder Bundisten, konnten ebenso gefährlich werden, wie die Bekanntschaft mit „sozial-fremden Elementen“, sog. „Ehemaligen“ oder vom NKWD Verhafteten. Für die Deutschen kamen die „Abweichler“ und Fraktionisten in der eigenen Partei hinzu. Am häufigsten war von „Levitern“, „Brandleristen“, „Versöhnern“ und den „Tintenfischen“ aus der „Mittelgruppe“ die Rede. Wer verdächtig war, hier war es im Institut nicht anders als vor Gericht, hatte mit Disziplinierung zu rechnen. Schon abgereiste, nicht mehr am Institut tätige Mitarbeiter, wie Wilhelm Rohr, wurden ebenso verfolgt wie die in der UdSSR verbliebenen.

Kaum war Walter Haenisch im Sommer 1935 „in Ungnade“ gefallen, trafen bei der Institutsleitung ihn belastende Briefe von Kollegen ein. Anhand dieser „Berichte“, ein sehr ausführlicher stammt von Ernst Noffke aus Leningrad, läßt sich die Arbeit an der MEGA minutiös rekapitulieren. Haenisch hatte vom 12. Januar 1932 bis 15. April 1935 als wissenschaftlicher Mitarbeiter am MEI gearbeitet. „Im Frühjahr 1935“, schrieb W. Haenisch im Lebenslauf vom 2. Juli 1936, „gesprächsweise gemachte Äußerungen über die historische Stellung der I. Internationale, über die Rolle der Bauernfrage in jener Zeit, wurden von der Parteiorganisation des Instituts als so schwerwiegend unrichtig angesehen, daß der Direktion meine Entlassung nahegelegt wurde. Formell erfolgte sie wegen Betriebseinschränkung am 15. April 1935.“⁸⁷ Im März 1935 hatte die Parteileitung des IMEL nach zweitägiger Prüfung folgenden Bescheid gefasst: „Es wird festgestellt, daß Haenisch wissenschaftlicher Mitarbeiter des Marx-Engels-Sektors ehemaliges Mitglied der KPD, der den 17. Band der Werke Marx-Engels zum Druck vorbereitete, in einer Reihe der wichtigsten Fragen des Marxismus-Leninismus systematisch sozialdemokratische, antimarxistische, antileninistische Ansichten vertrat, die Marxsche Leninismus gegenüberstellte [...]. Die Parteileitung hebt hervor, daß H. in diesen Fragen nicht offen hervortrat. Im letzten Jahr hat H. im allgemeinen nicht ein einziges Mal zu politischen Fragen Stellung genommen, er hielt sich von der gesellschaftlichen Arbeit fern, während er in Privatgesprächen mit den Genossen Morwinow und zum Teil mit dem Genossen Zobel in verschiedenen Fragen sozialdemokratische Auffassungen bekundete.“ Kurz vor Ende des

⁸⁷ Rjazanov und die erste MEGA, a.a.O., S. 157.

Schauprozesses gegen Bucharin 1938, wurde Haenisch am 11. März 1938 verhaftet.⁸⁸

Einige, die wie Gertrud Braun, Frieda Düwell oder Golda Fröhlich, einmal in den Teufelskreis Parteiausschluss, Verlust des Arbeitsplatzes und Kündigung des Mietvertrages gerieten, sahen keinen anderen Ausweg, als Selbstmord. Nach dem mir der Beschluß der IKK auf Ausschluß aus der KPD am 8. Juni bekannt wurde, versuchte ich bei den verschiedensten Sowjetanstalten, Arbeit zu bekommen. Überall wurde ich abgewiesen mit der Begründung: daß man aus der Partei Ausgeschlossene nicht einstellt. Ich befinde mich dadurch in einer völlig verzweifelter Situation“, schrieb Braun im Juni 1933. Sowjetische Stellen machten ihre Hilfe und Unterstützung davon abhängig, dass die in Moskau verbliebene Frau Beweise für die Unschuld ihres in Hamburg inhaftierten Ehemannes beibringt.

Erst nach eingehender Prüfung dieser Angelegenheit (sie dauerte von Juli 1937 bis Juni 1939) setzte sich Walter Ulbricht für die Genossin ein. „Es ist richtig“, notierte er Ende April 1940, „daß sie keine Arbeit entsprechend ihrer Qualifikation bekommt. Selbstverständlich ist auf die Arbeitsvermittlung die Tatsache des Ausschlusses aus der WKP(B) nicht ohne Wirkung. Wir haben uns bemüht, daß die Genossin im Sprachen-Institut beschäftigt wird. Diese Bemühungen waren bis jetzt erfolglos.“

Aus den bei Bewerbungen einzureichenden Lebensläufen musste die Zugehörigkeit zu den Fraktionen und Strömungen in der Partei hervorgehen. Eigene Verfehlungen waren ebenso herauszuarbeiten, wie Verdienste bei der Zerschlagung oppositioneller Gruppierungen. Das war vor allem bei Namensvettern wichtig, denn die russischen Stellen hatten in der Regel Probleme mit der Transkription der deutschen Namen. Bürgen von einst konnten eine Karriere ebenso schnell beenden, wie sie möglich gemacht hatten. Rahel Nagler z. B. wurde entlassen, weil Aksel'rod und Levin für sie gebürgt hatten. Nachdem die Schwestern von Golda Fröhlich vom NKWD verhaftet worden waren, erhielt sie die Kündigung. „Sorin (Pomdirektor [Stellvertretender Direktor] im IMEL) rief mich in sein Kabinett und sagte: Suchen Sie andere Arbeit und übergeben Sie ihre Arbeit an Genossin Podwoiskaja. Ich überlasse Ihnen selbst eine Eingabe um Entlassung zu machen. [...] Soweit ich mich in der gedrückten Stimmung, in der ich mich befand fähig war, kämpfte ich gegen meine Entlassung. Ein wenig Unterstützung fand ich bei der Vertretung der Deutschen Sektion des EKKI und ich sollte dann auch im IMEL verbleiben, auf einer anderen Arbeit. Da erfuhr ich von der Verhaftung meiner Schwester

⁸⁸ Siehe ebenda., S. 149.

Wilke. Hiernach schloß mich die Parteiorganisation des Emel aus der Partei aus und Sorn und Tichomirnow (Leiter des Parteiarchivs) forderten, daß ich sofort die Arbeit liquidierte und einen großen Teil der Fonds Marx-Engels ohne Spezifikation der Genossin Larowskaja übergab."

Während es Horst Fröhlich für seine Pflicht hielt, die Genossen der Parteiführung auf theoretische Abweichungen von Karl August Wittfogel aufmerksam zu machen, berichtete Golda Fröhlich im Prozess ihrer „Parteireinigung“ im November 1933 über Rosa Wittfogels Äußerungen über den März 1933, die wiederum von der Betroffenen auf das Entschiedenste bestritten wurden. Im April 1933 distanzierte sich Golda Fröhlich von Brandler. „Gelegentlich erzählte ich Braun, daß Genosse Heckert und Brandler in den ersten Jahren meiner Parteizugehörigkeit großen Einfluß auf meine Entwicklung gehabt haben, da ich bei ihnen die erste politische Schulung bekommen habe. Mit Brandlers Politik war ich in einigem schon 1921–22 nicht einverstanden und habe ich 1923/24 restlos gebrochen."

Deutsche Parteimitglieder, wie Karl Schmidt, deren am Institut zu leistende Arbeit, in diesem Falle die Herausgabe der Volksausgabe des *Kapital*, zu Ende ging, wandten sich nach der Machtübernahme durch Hitler an das ZK der KPD, sie wieder nach Deutschland abzukommandieren, denn die KPD brauche „gerade jetzt eine Reihe theoretischer und propagandistischer Arbeiter". „Vor und zur Zeit meiner Abkommandierung aus Deutschland (1931/32)", schrieb Schmidt in diesem Zusammenhang, „wurde ich durch bestimmte Genossen (Sepp, Neumann, Flieg) von der theoretischen Arbeit der Partei stillschweigend ferngehalten, meine Artikel zur Frage des Faschismus wurden in die 'Internationale' und den 'Propagandist' nicht aufgenommen etc. Das 12. Plenum hat die Auffassung dieser Genossen als falsch bezeichnet, die Neumanngruppe ist liquidiert. Ich habe zwei Jahre am Institut gearbeitet und schlage daher dem ZK vor, mich wieder unmittelbar in die theoretische und journalistische Arbeit der Partei einzugliedern."

Nachdem seinem Antrag auf Ausreise nicht stattgegeben wurde, schlug Schmidt vor, in der Moskauer Emigration gezielt und langfristig die nach dem Sturz der Hitlerdiktatur zu leistende theoretische Arbeit vorzubereiten. „Wir besitzen genügend theoretische Kräfte in Moskau, um bei entsprechender Zusammenfassung und Leitung der Partei wertvolle Hilfe zu leisten. Die Genossen, die hier in Frage kommen sind an verschiedenen Arbeitsstellen zerstreut und werden nicht ausgenutzt, verlieren z.T. die Verbindung mit der deutschen Arbeit." Schmidt schlug vor, die Anstrengungen des Deutschen Klubs, der Zeitschrift *Unter dem Banner des Marxismus* und des MEI zu bündeln. Der

bevorstehende 15. Jahrestag der Gründung der KPD sei ein günstiger Anlaß, mit dieser Arbeit zu beginnen.

9. Der Fall Alexander Emel

Am 30. Juni 1928 hatte Alexander Emel (M. Lurje) aus Berlin an Rjazanov geschrieben und ihm seine wissenschaftliche Abhandlung über die Sklaverei in Ägypten und Empfehlungsschreiben von Eduard Meyer geschickt. Rjazanov antwortete Emel am 8. Oktober, dass er Rubin gebeten habe, das von Emel beigelegte Material zu sichten und verwies ihn an Nikolaevskij. Neben ihrer ständigen Arbeit für das Institut suchten beide „Hauptstützen der Berliner Forschungsarbeit" in den Berliner Bibliotheken nach noch vorhandenen Büchern aus der Marx'schen Bibliothek.

Emel hatte seit 1925 sporadisch für das Institut gearbeitet. Durch die Korrespondenz mit ihm war Rjazanov über die Wünsche und Forderungen des ZK der KPD gegenüber dem Institut auf dem Laufenden: „Bereits im Dezember hat das Sekretariat des ZK der KPD den Beschluß gefaßt, dem Marx-Engels-Institut über die dringende Notwendigkeit einer Volksausgabe von Marx und Engels einen entsprechenden Brief zu schreiben. Gen. Heckert, der gegenwärtige Vertreter beim EKKI, hat auch in diesem Sinne einen Auftrag vom Sekretariat erhalten. Ich persönlich", schrieb Emel am 30. Januar 1930 an Rjazanov und Czóbel, „habe an dieser Sitzung teilgenommen und kann meinerseits ergänzen, daß die Partei und die uns nahestehenden überparteilichen Organisationen alles andere als ein geringes Interesse für eine Volksausgabe an den Tag legen. Im Gegenteil: es wurden sehr harte Worte gesprochen."

In diesem Zusammenhang und in Verbindung mit Personalfragen schrieb Czóbel am 25. Februar 1930: „Seit etwa 6–8 Wochen bemerken wir, daß das gute Verhältnis, ohne welches ein produktives Zusammenarbeiten [gemeint ist die Zusammenarbeit von Emel und Nikolaevskij] nicht möglich ist, getrübt ist." Rjazanov wird sich für die Zusammenarbeit mit Nikolaevskij entschieden haben. „Gen. Rj. hat sicherlich mitgeteilt", schrieb Emel am 6. Oktober 1930, „daß er meine weitere Mitarbeit für das Institut auf einer anderen Grundlage gestalten möchte, die mir die Möglichkeit geben soll, für meine wissenschaftliche Arbeit mehr Zeit zu widmen, als es bis jetzt der Fall war und sein konnte." Dieser Brief und die Anfrage von Czóbel vom 8. Oktober 1930 hatten sich überschritten: „Von Genossen Rjazanov kann ich noch immer nicht erfahren, was er mit Ihnen eigentlich ausgemacht hat. Sie selbst lassen nicht von sich hören. Andererseits sprechen Briefe aus Berlin darüber, daß Sie voll-

kommen aufgehört haben für uns zu arbeiten. Wie sonderbar es auch ist, möchte ich doch von Ihnen selbst hören, ob Ihre Mitarbeit als vollständig abgeschlossen zu betrachten ist." Czobel fragte zweimal bei Emel nach, ob dieser bereit ist, die Verhandlungen über den Luxemburg-Nachlaß weiterzuführen.

Nach Adoratskij's Amtseinführung wandte sich Emel an den neuen Direktor und schlug ihm seine Vermittlung in dieser Angelegenheit vor. Gleichzeitig erinnerte er an die immer noch ausstehende „Volksausgabe“. Das ist „für uns geradezu eine Lebensfrage“, schrieb er am 1. Juni 1931. Adoratskij bestätigte Emels Brief am 17. Juni 1931 und teilte mit, an einer Zusammenarbeit interessiert zu sein. Einen Monat später traf in Moskau der Katalog der Luxemburg-Bibliothek und ein Kaufpreisvorschlag von Mathilde Jakob ein. Das Institut lehnte unter Hinweis auf den hohen Kaufpreis und die Tatsache, dass es bereits über 90 Prozent der Titel besitze, ab und signalisierte das Interesse an den Manuskripten. Emel, der sich als Vertreter des Instituts in Deutschland verstand, unterbreitete Adoratskij einen „Entwurf zur Volksausgabe der Marx-Engels-Werke“ und einen 40 Titel umfassenden Themenplan der „Arbeiten der historischen Sektion der Gesellschaft für materialistische Sozialwissenschaft“. Diese Vorschläge, antwortete Adoratskij am 25. Juli 1931, sollten in Moskau gründlich diskutiert werden. Emel hingegen wollte die Ausgabe in Berlin vorbereiten und herausgeben.

Emels Position stand nach der Berliner Beratung im August fest: „An Berliner Mitarbeiter kämen 6-7 in Frage, von denen einige sich mit dieser Arbeit mehr und die anderen weniger abgeben könnten. Allgemein aber könnte die Verteilung so gehen, daß man durchschnittlich einen Band pro Mann und Jahr rechnen. Ich selbst kann die historische Gruppe, oder einen Teil derselben übernehmen, Duncker möchte an der philosophischen Abteilung und z.T. an den kleinen ökonomischen Schriften mitarbeiten. Überhaupt als Mitarbeiter kämen in Frage: Duncker, Wittfogel, Braun, Wurm, Dr. Schlesinger, Reimann, und einige andere. Die Form der Honorierung werden Sie bestimmen müssen.“

Da Adoratskij zunächst annahm, Emel wolle die ganze Arbeit nach Berlin verlegen, lehnte er eine auswärtige Finanzierung ab, die Verhandlungen drohten zum Erliegen zu kommen. Von diesem Zeitpunkt an wurde Emel nur noch zu Literaturrecherchen herangezogen. Am 14. Januar 1932 erfolgte die Kündigung der Zusammenarbeit. „Werter Genosse Lurje“, schrieb Adoratskij, „wir sehen uns veranlaßt, Ihnen mitzuteilen, daß wir ab heute auf Ihre weitere Korrespondenten-Tätigkeit für uns Verzicht leisten müssen. Wir nehmen von

der Ernennung eines neuen, speziellen Korrespondenten Abstand. Gen. Jaeger wird im Rahmen seiner Tätigkeit als Geschäftsführer des Verlags die Korrespondentenarbeit weiter führen. Wir bitten Sie daher, Gen. Jaeger alle uns gebührenden, in Ihrem Besitz befindlichen Materialien auszuhändigen.“

Emel hatte im November 1933 während der jährlich durchgeführten Parteireinigungen angegeben, 1926/27 der Weddinger Opposition in der KPD nahegestanden, aber wenig später mit ihr gebrochen zu haben. Da sich die von Stalin im Brief an die *Proletarskaja revolucija* benannten „Fehler“ auch in Emels Publikationen, u.a. im „Leitfaden durch die Geschichte der Arbeiterbewegung“ nachweisen ließen, schied Emel aus der Propagandaabteilung des ZK der KPD aus. Als im August 1934 über seinen Wechsel vom VEGAAR an die Moskauer Universität, wo er als Dozent für alte Geschichte arbeiten sollte, entschieden wurde, erschien diese Episode plötzlich in einem völlig neuen Licht. Inzwischen hatte der Prozess gegen Zinow'ev stattgefunden und in den Sektionen der Komintern lief die Suche nach Trotzlisten auf Hochtouren. Hinzu kommt, dass Emel mit dem in Ungnade gefallenen Bela Kun zusammen gearbeitet hatte. Emel erhielt keine Neubestätigung als Dozent und war seit März 1935 arbeitslos. Im September 1935 bat er zum wiederholten Mal um die Prüfung seiner Angelegenheit. Heckert und Kreps zogen ihre Bürgschaften für Emel zurück und warnten vor seiner Weiterbeschäftigung als Hochschullehrer. Unter dem Eindruck des VII. Weltkongresses der Komintern hatte Emel dem ZK der KPD den Vorschlag unterbreitet, historische Themen in Presse und Rundfunk stärker als bisher in die antifaschistische Propagandaarbeit einzubinden. Um diese Aufgaben wahrzunehmen, könne der VEGAAR nicht zu 90% eine Übersetzungsfiliale des IMEL sein. Im August 1936 wurde Emel wegen „trotzkistisch-sinowjewistischer und anderer konterrevolutionärer Verbrechen gegen die Arbeiterklasse“ aus der Partei ausgeschlossen.

Die Anklage und Verurteilung von M. Lurje im Moskauer Schauprozess 1936 – ihm wurde vorgeworfen, eine Gruppe aus ehemaligen Ultralinken, in diesem Zusammenhang fiel der Name von Karl August Wittfogel, ins Leben gerufen und geleitet zu haben – veranlasste zahlreiche deutsche und russische Mitarbeiter des IMEL, Auskunftsbereiche und Verteidigungsschriften handelte, die naugenommen um Rechtfertigungs- und Verteidigungsschriften handelte, die vor Denunziationen nicht haltmachten. B. L. Brandt informierte auf Empfehlung von Lozovskij seine Parteisekretärin in der Roten Gewerkschafts-Internationale A. Tormasova darüber, wie er „das verurteilte und hingerichtete Mitglied der trotzkistischen Bande“ 1926 im sowjetischen Klub in Berlin

kennengelernt hatte. Tomasova leitete die erhaltenen Informationen über die Kontakte umgehend an die IKK weiter.

Golda Fröhlich ergänzte ihren Lebenslauf Mitte August 1936 um folgende „Erinnerung“: „Gen. Irma Volkmar war seinerzeit ebenfalls bei diesem Ausflug gewesen. Sie wollte die Adresse von Genossen V. haben, aus folgenden Gründen: Lapidus, der seit einigen Monaten verschwunden war aus der Redaktion, hatte ihr, Sonja F. aus der Verschickung geschrieben, daß er verschickt worden sei wegen der Weitergabe eines Buches von Trotzki an einen anderen Redakteur, der sich als Trotzki entlarvt habe, daß er sich schuldig fühle in dieser Angelegenheit und ungeheuer leide, nicht mehr in den Reihen der Partei zu stehen. [...] S. F. sagte mir weiter, sie habe diesen Brief Gen. Thal übergeben, der seiner Zeit leitender Redakteur der ‚Sa industrializacija‘ [gemeint ist die Zeitung *Za industrializaciju*] war und der sie gebeten habe mit niemandem weiter über diese Angelegenheit zu sprechen.“

Karl Schmidt holte zur gleichen Zeit alte Polemiken gegen Lurje aus dem Jahre 1930 hervor und brachte sie in Umlauf. Schmidt hatte seinerzeit an die Redaktion der *Roten Fahne* geschrieben: „Es ist völlig unrichtig, wenn Emel [im Artikel ‚Leninismus und Vaterlandsverteidigung‘ – WH] Trotzki's Stellung als eine ‚dritte‘ Stellung neben den Opportunisten und Rosa L., zwischen diesen und den Bolschewiki aufführt. Trotzki's Stellung war in der Tat in dieser Frage ganz die Rosa L.s.“

Gleichzeitig wurde die Beziehung zu Emel gegen Schmidt verwendet. „In den Jahren 1929/30 hatte ich bei der Arbeit für den Agitprop des ZK häufig mit Emel zu tun (M. Lurje), der 1929 in Propagteilung als Organisator für Parteiführer Trotzki und Oppositionsanhänger 1924 und 1926/27 gewesen, verteilte mich ihm gegenüber wachsam und signalisierte in Briefen an die Redaktion der ‚Roten Fahne‘ (Januar 1930) und an Agitprop ZK (April 1931) seine Versuche, trotzkistische Ideen in die Parteiliteratur einzuschmuggeln. Im April 1930 diente er, damals Vertreter des MEI in Berlin, als Vermittler in meinen Verhandlungen mit der Direktion des Instituts über meine Teilnahme an der Herausgabe einer Marx-Engels-Volksausgabe, Verhandlungen, die auf Initiative der Agitprop des ZK begonnen und nach einigen Tagen von Rjasanow abgebrochen wurden. [...] Im Mai 1931 forderte die neue Leitung des Marx-Engels-Lenin-Instituts nach Reinigung des Instituts von den Rjasanowleuten, beim ZK der KPD politisch bewährte Mitarbeiter an für die Arbeit an den populären Ausgaben der Werke von Marx und Engels, und das ZK kommandierte mich nach Moskau.“

„Nach der Verhaftung meiner Schwester Wilke, von der ich am 16. 9. erfuhr, beschuldigte mich das Partkom des IMel, daß ich über die Verbindung meiner Schwester mit dem Terroristen-Trotzkisten M. Lurje und seiner Frau früher nicht gesprochen hätte. Das entspricht nicht den Tatsachen“, schrieb Golda Fröhlich am 21. November 1936 an Wilhelm Pieck. Nachdem sich diese Anschuldigung nicht aufrechterhalten ließ, warf man ihr das Verschweigen „einer Reihe Fakten“ vor. „Die Partkomsitzung vom 25. 9. beschloß deshalb meinen Ausschluß aus der Partei bei zwei Stimmenthaltungen: die Parteiversammlung vom 7. 10. bestätigte den [von Zorkij beantragten] Ausschluß. Diskussion entwickelte sich nicht. [...] Wieso konnte eine einmütige Stellungnahme für meinen Ausschluß ohne Diskussion erfolgen.“ Von den Versammlungen, in denen über sie entschieden wurde, blieb sie ausgeschlossen. G. Fröhlich kritisierte nicht die Verletzung des Statuts, sondern suchte und fand den „Hauptgrund“ in ihrem „schlechten Auftreten“, in ihrer Vertrauenslosigkeit und ungenügenden Wachsamkeit. Sie nahm alles auf sich – mit einer Ausnahme: Angriffe gegen ihren Mann, der sich auf Grund der Haft in Deutschland nicht verteidigen konnte, wies sie mit Nachdruck zurück: „Genosse Ricklin, Mitglied des Partkom hatte in einer früheren Parteiversammlung eine Äußerung, die Gen. Horst Fröhlich vor etwa 4 Jahren in einem Privatgespräch mit einem Genossen gemacht haben soll: ‚daß die Arbeit im Institut langweilig sei und im Institut Schlafmützen sitzen‘ (oder so ähnlich) als eine antiparteiliche charakterisiert. Abgesehen davon, daß es eine Taktlosigkeit ist, über eine solche Äußerung eines Genossen, der im faschistischen Gefängnis sitzt, sich nicht dazu äußern kann, in der Parteiöffentlichkeit zu sprechen, verursachte diese Mitteilung von einem Genossen in verantwortlicher Funktion, selbstverständlich Mißtrauen [...]“

10. Die verbliebenen Kontakte ins Ausland

Der Kontakt mit A. Hirschfeld und Hilde Rothstein (vom durch die Polizei versiegelten Marx-Engels-Verlag) in Deutschland wurde Ende 1933 bis Mitte 1934 über die sowjetische Botschaft in Berlin aufrechterhalten. Hirschfeld kümmerte sich um das in Birkenwerder verbliebene Archiv von Clara Zetkin,⁸⁹ informierte über das Schicksal des SPD-Archivs, bemühte sich um den Nachlass von Rosa Luxemburg⁹⁰ und Karl Liebknecht und verhandelte mit

⁸⁹ Ein entsprechender Beschluss war am 4. August 1933 vom EKKI gefaßt worden. Adoratskij drängte Pjatnickij auf die schnelle Verwirklichung der Übergabe des Archivs.

⁹⁰ Am 13. Januar 1933 informierte Jaeger das IMEL über den Stand der Verhandlungen mit Paul Fröhlich über die Luxemburgausgabe. RGA, f. 71, op. 50, d. 47.

Antiquariaten (Altmann in Berlin) und Verlegern (Meissner in Hamburg), die dem Moskauer Institut Manuskripte und Fotos anboten.

Da zwischen Eduard Fuchs und Rjazanov Abmachungen hinsichtlich der Recherche nach das Institut interessierenden Dokumenten bestanden, bat Birman in einem Brief vom 8. Februar 1933, Jaeger möge „mit größter Vorsicht“ zu prüfen, ob „Materialien aus der Tätigkeit der II. Internatioanle vor dem Weltkrieg“ und die im „Mehring-Nachlass“ enthaltenen Briefe russischer Genossen über Fuchs für Moskau erworben werden können.⁹¹

Fuchs schrieb am 3. Mai 1933 einen wütenden Brief aus Prag, in dem er sich über die Haltung der sowjetischen Genossen gegenüber den im Ausland tätigen Mitarbeitern beschwerte: „Ihr Brief betreffs der Beschaffung der F[r]iedrich E[ngels]-Briefe ging mir via G[esandtschaft] dieser Tage zu. So sehr ich verstehe, dass Sie die Zügel nicht schleifen lassen können, so kann ich doch von hier aus leider Ihre Wünsche nicht erfüllen, und zwar deshalb nicht, weil ich den Bewahrer dieser und ähnlicher Dokumente durch einen Brief nicht in Gefahr bringen will. Schuld an dieser Tatsache ist leider wieder einmal einzig die typische Liederlichkeit mit der man drüben alles erledigt. Innerhalb von 5-8 Tagen hätte seinerzeit alles gemacht werden können. Statt dessen dauerte es Wochen, und wir kamen in eine Situation, in der sich eben nichts mehr machen läßt. Und es kann Monate dauern, wenn nicht noch länger, bis man wieder an dieses Material heran kann.“

Leider ist dies nur ein Beispiel im Kleinen der verbrecherischen Methodik, mit der man drüben alle Aufgaben löst. Und darum ist die KI und alles, was zu ihr gehört, eben eine der Hauptschuldigen an der heute herrschenden Welttragödie. Schlämperei, Gewissenlosigkeit und skrupellose Voranstellung des Eigeninteresses sind ihre hauptsächlichsten Charakteristiken. Sollte mir der Zufall etwas von dem von Ihnen gewünschten Material in den Weg führen, so werde ich Ihnen dieses natürlich trotzdem zukommen lassen.“⁹² Kurz danach brach der Kontakt ab. Adoratskij schrieb Ende August 1933 an A. Hirschfeld in Berlin und bat, zu prüfen, ob sich der „größte Teil“ der Sammlung von Fuchs tatsächlich im Karl-Liebknecht-Haus befindet.

Diese Informationen stammen von Jaeger in Prag, der am 11. August 1933 nach Moskau „betr. Fuchs“ schrieb: „Ich kann ja nichts dafür, wenn ich selbst so spärliche Nachrichten bekomme. Aus F[uchs] ist ja nichts herauszubekommen. Seine Animosität haben Sie ja zur Genüge aus seinem Brief erhalten. Die richtet sich ja nicht gegen mich persönlich, sondern gegen alles, was

⁹¹ RGA, f. 71, op. 50, d. 47.

⁹² RGA, f. 71, op. 3, d. 48.

mit uns zusammenhängt. Außerdem hat er sich ähnlich wie G. Mayer so vergraben, dass man ja kaum an ihn herankommt, er wechselt zudem dauernd seinen Sitz (bald Strassburg, Paris, Schweiz), schließlich ist er sehr krank und arbeitet kaum. Also muß ich mich zahlreicher Mittelsmänner bedienen. Wenn diese nun so spärlich schreiben, teils weil sie auch nichts wissen, teils weil sie vielleicht nicht wollen, so kann ich doch nichts dafür. [...] Endlich muß ich darauf verweisen, dass man doch das Chaos in D[eu]tschland nicht unterschätzen soll. 1. hatte F[uchs] an sich eine große Unordnung und weiß schon gar nicht mehr, was er gerettet hat und wo er es hinbrachte (also wer es hat), was übrigens vielen so geht. 2. ist es doch anders bei der SA als bei der Polizei, d.h. sie gibt doch keine Mitteilungen, fertigt keine Verzeichnisse an u.s.w. Wir haben doch in Deutschland keine normalen Zustände in dieser Beziehung mehr. [...] Kommt ja noch hinzu, dass F[uchs] darüber mit keinem korrespondieren kann. Ebenso wenig mit denen, die die noch nicht beschlagnahmten Sachen aufbewahren (von denen er wiederum nicht weiß, ob sie nicht inzwischen schon beschlagnahmt sind oder von den Verwahrern aus Furcht selbst verbrannt wurden. Er kann ihnen nicht schreiben, um sie nicht zu gefährden, nennt ihre Namen auch niemand, um sie nicht indirekt zu gefährden, und weiß schließlich nicht, was bei dem einen und was bei dem anderen, weil doch eben alles so schnell ging). [...] Man muß sich in Tohuwabohu des März hineinversetzen, das inzwischen ja noch viel größer geworden ist.“⁹³

Wenige Tage später traf über Hirschfeld ein Brief von Hilde Vogel-Rothstein aus Berlin, die sich als Korrespondentin bewarb, in Moskau Institut ein. „Vor einigen Wochen habe ich mich bereits durch Gen. Hirschfeld bei Ihnen um eine Tätigkeit einer Korrespondentin für die wissenschaftlichen Arbeiten des Instituts mündlich beworben. Ich wiederhole heute die Bewerbung auf diesem Wege. Meine Eignung für die erfolgreiche Erledigung der in Frage kommenden Arbeiten können Sie daraus entnehmen, daß ich auch neben der regulären Tätigkeit im Verlag, den überwiegenden Teil der Ihnen von Gen. Jäger übermittelten K[orrespondenz]-Aufträge soweit sie mit Bibliotheken, Seminaren, wissenschaftlichen Instituten usw. zusammenhängen, bisher und gegenwärtig ausgeführt habe. Daneben könnte ich Ihnen weitgehend bei Ihren übrigen Aufträgen, insbesondere bei der Beschaffung von antiquarischer Literatur behilflich sein. Dadurch, dass ich einerseits schon selbst im Buchhandel und Antiquariat gearbeitet habe. [...] Eine weitere Arbeitsmöglichkeit liegt m.E. in der Heranschaffung von Privatsammlungen u. dgl., die heute vielfach aufgelöst werden. Ausserdem wäre ich wohl in der Lage, auch sonst etwa

⁹³ RGA, f. 71, op. 50, d. 49.

vorkommende Erledigungen zu besorgen, wofür Ihnen die Art meiner dreijährigen Mitarbeit im Verlag Gewähr bietet."¹⁴

Am 2. September 1933 erhielt Hilde Vogel über Dr. S. Stein aus Prag den Auftrag, den MEV in Deutschland endgültig „zu liquidieren“. „Da Sie uns bis jetzt auf unser Schreiben vom 15. v. Mts. betreffend Ihre Übersiedlung nicht geantwortet haben, nehmen wir an, daß Ihre Familienverhältnisse Sie eine Übersiedlung nicht betrachten ziehen läßt. Wenn unsere Annahme, daß Sie nicht hierher übersiedeln wollen, richtig ist, so sehen wir uns leider veranlaßt, ihr Dienstverhältnis als gelöst zu betrachten. Wir wollen Ihnen jedoch in Anbetracht Ihrer ökonomischen Lage noch Gehalt als Verlagsleiter bis einschließlich November 1933 zahlen.“ Handschriftlich war hinzugefügt: „womit wir Ihre Ansprüche an den MEV und das IMEL als voll befriedigt erachten.“¹⁵

Eine Woche darauf bestätigte H. Vogel den Erhalt des ihr „völlig unverständlichen“ Schreibens. Schließlich hatte Moskau nicht nur ihren Urlaub bestätigt, sondern war über die Zukunftspläne im Bilde. „Sie sind es ja auch von mir nicht gewohnt“, begann sie ihren ausführlichen Brief, „dass ich Sie in Sachen drei Wochen auf Antwort warten lasse. Wäre mein Entscheid so ausgefallen, wie Sie annehmen, dann hätte ich das auch schließlich durch eine negative Antwort, nicht durch Schweigen zum Ausdruck gebracht. Nichts kann Ihnen bis jetzt Veranlassung zu der Annahme geben, dass ich mich gegen die Übersiedlung entschieden hätte. Ich habe lediglich nach den Bedingungen gefragt [...] Sie fordern Abwicklung bis zum 15. IX. Auch das ist mir völlig unverständlich. Weder der Abtransport noch die Entsiegelung werden in 6 Tagen von statten gehen, nachdem all das schon 6 Monate nicht vom Fleck gekommen ist.“¹⁶

Am 9. September 1933 schrieb Adoratskij persönlich an „Genossen Hirschfeld, Gesandtschaft der UdSSR in Deutschland, für H. Rothstein“. Darin hieß es u.a.: „Auf Ihren Brief vom 21. August betreffend Ihre Anfrage über Weiterbeschäftigung teilen wir Ihnen mit, dass wir deshalb bereits an Genossen Hirschfeld geschrieben haben. Wie Sie selbst festgestellt haben werden, benötigen wir z. Zt. nur wenig Korrespondenzen aus Deutschland, sodass wir den bisherigen Entschädigungssatz für die Korrespondententätigkeit nicht aufrechterhalten können. Wir erwarten auf Grund unserer Mitteilung an Genossen Hirschfeld Ihre Antwort, ob Sie gegen eine Pauschalentschädigung von

¹⁴ Hilde Vogel-Rothstein an IMEL, 21. 8. 1933, RGA, f. 71, op. 50, d. 49.
¹⁵ Entschreiben an Herrn Stein, Prag, 2. 9. 1933, RGA, f. 71, op. 50, d. 49.
¹⁶ Hilde Vogel-Rothstein an IMEL, 9. 9. 1933, RGA, f. 71, op. 50, d. 49.

M. 100,- monatlich die von Zeit zu Zeit vorkommenden Aufträge erledigen wollen.“¹⁷
 Der Kontakt zu Gustav Mayer wurde im September 1933 hergestellt. Jaeger schrieb am 20. September nach Moskau: „Die Versuche, an Gustav Mayer heranzukommen, sind nun doch gelungen. Er hat geschrieben, allerdings sehr dunkel. Der Brief vom 4. Juli sei inzwischen wohl überholt. Er vermute, dass sich ein Exemplar der gewünschten Sache seit Wochen in ihren Händen befinde. [...] Die V[ogel] ist heute zu ihm hingegangen.“¹⁸ Hilde Vogel erledigte bis Ende 1933 alle Aufträge des Instituts, auch die die Auflösung und Liquidation des Verlages betreffenden.

11. Die Schwierigkeiten des IMEL als ZK-Abteilung

Aus dem Briefwechsel der Direktion des IMEL mit dem ZK der KPdSU(B) geht hervor, dass je nach anstehenden Projekten von Fall zu Fall befähigte Mitarbeiter aus dem Apparat der KPdSU(B) zur Erfüllung unterschiedlichster Aufgaben angefordert wurden. Da das IMEL seit 1934 als Abteilung des ZK funktionierte, mussten die anfallenden Fragen mit den zuständigen ZK-Sekretären besprochen werden. Da die Entscheidung über die Zuständigkeit noch nicht gefallen war, wandte sich Adoratskij am 14. März 1934 mit der Bitte an Ždanov, ihm mitzuteilen, wer von den Sekretären des ZK für das IMEL zuständig ist.¹⁹ Neben den offenen technischen und Finanzfragen hob Adoratskij die Kaderfrage besonders hervor. Es fehlt an qualifizierten Mitarbeitern, die in der Lage sind, die Arbeit an der Edition der Werke von Marx und Engels in russischer Sprache zu Ende zu bringen und die lange angekündigten Biographien von Marx, Engels und Lenin zu verfassen. Seit seinem Amtsantritt ist der Marx-Engels-Sektor des IMEL nie länger als ein Jahr von Angarov bzw. Perčik geleitet worden. Es fehlt an ausgebildeten Politökonomien mit Fremdsprachenkenntnissen. Daran schließt sich eine Aufstellung von Parteifunktionären an, die an für die Arbeit am Institut in Frage kommenden Parteimitgliedern bei anderen Bildungseinrichtungen tätig sind.

Offensichtlich kam es zu keiner Entscheidung, denn am 29. Mai 1934 schrieb Adoratskij an Stalin und legte eine Liste mit Namen von für die Weiterführung der Marx-Engels-Ausgabe in Frage kommenden Parteimitgliedern bei. Der Herausgeber und Übersetzer der Werke von Rosa Luxemburg Dvolajckij,

¹⁷ RGA, f. 71, op. 50, d. 49.

¹⁸ RGA, f. 71, op. 50, d. 49.

¹⁹ RGA, f. 71, op. 3, d. 58.

während der fünf Sitzungen vom 23. bis 26. Februar sprachen 26 Redner. Das Referat zum zweiten Tagesordnungspunkt, der Vorbereitung auf die Wahlen, trug Ždanov vor, in der drei Sitzungen lang, vom 26. bis 27. Februar geführten Diskussion ergriffen 16 Mitglieder des ZK das Wort. Zum dritten Tagesordnungspunkt „Wirtschaftsfragen“ und „Sabotage und Schädlingstätigkeit in der Wirtschaft“ traten zwei Hauptredner, Molotov und Kaganovič, auf. In der zehn Sitzungen beanspruchenden Debatte vom 28. Februar bis 5. März sprachen 48 Redner. Die Leitung der Plenartagung hatten abwechselnd Molotov, Kaganovič, Andrejev und Ždanov, d. h. treue Gefolgsleute Stalins, inne. Am ausführlichsten hat Adoratskij die Reden und das Schlusswort von Stalin am 3. und 5. März 1937 und von Ždanov in der Nachmittagssitzung vom 26. Februar 1937 konспектиert. An Stalins Rede über die neue Verfassung interessierten Adoratskij vor allem die formationstheoretischen Fragestellungen (über die sozialistische Phase des Kommunismus), die wenigen Bemerkungen über die Abstrafung von Bucharin und Rykov sind eher beiläufig und später von Adoratskij durchgestrichen worden. Mit dem Satz „Die Aufgabe des Plenums besteht darin, zu prüfen, ob die Partei auf die bevorstehende Wendung im politischen Leben des Landes vorbereitet ist“ leitete Adoratskij in der von ihm ausgearbeiteten Rededisposition von Stalin zu Ždanov über. Zum erstenmal waren allgemeine, gleiche und geheime Wahlen geplant. Adoratskij hielt in diesem Zusammenhang vor allem die Aufgabenstellungen für die Leiter fest, wie die Kader zu erziehen waren. Auf die von Molotov, Kaganovič in der Vormittags- und Nachmittagssitzung vom 28. Februar 1937 gehaltenen Reden zum dritten Tagesordnungspunkt ging Adoratskij im Konспект nicht weiter ein. Im Mittelpunkt der Beiträge stand die Aufdeckung der Schädlingarbeit, Diversion und Spionage der japanisch-deutschen-trotzkistischen Agenten. Wir müssen, forderte Kaganovič, im Zuge der Aufdeckung dieser Schädlingarbeit unsere Fehler selbstkritisch beleuchten. Die Entwicklung seit dem Schachtyprozeß und dem Prozeß gegen die Industriepartei hat gezeigt, dass der Widerstand in dem Maße zunimmt, in dem der Sozialismus wächst. Am Schluss seiner Rede nannte Kaganovič Zahlorden über die 1936 in seinem Zuständigkeitsbereich verhafteten Personen und ordnete sie Feindgruppen zu. Es handelte sich um: Trotzkisten, Gendarmen, Sozialrevolutionäre und Menschewiki, ehemalige Offiziere der zaristischen Armee, Schädlinge und Spione. Es gibt Einrichtungen, faßte der Redner zusammen, in denen die Zahl der Ausgeschlossenen die der Parteimitglieder übersteigt. Ežov trug sein Referat in der Nachmittagssitzung am 1. März vor. Auch er operierte mit Statistiken. Hervorzuheben ist, dass die Zahl der im

Volkskommissariat für Volksbildung der RSFSR in den Monaten von Oktober 1936 bis Februar 1937 verhafteten Mitarbeiter doppelt so hoch war, wie die in anderen Volkskommissariaten. Die in der Volksbildung durchgeführte Säuberung gipfelte im Oktober 1937 in der Verhaftung des Volkskommissars Andrej Bubnov, der vom Militärkollegium als „Mitverschwörer Bucharins“ angeklagt und zum Tode verurteilt wurde.

Der kurz darauf folgende Diskussionsbeitrag von Anastas Mikojan ist ein Spiegelbild der Haltung vieler Führungskader jener Zeit. Mikojan sprach über die von Rechten und Trotzkisten in der Lebensmittelindustrie verübten Sabotageakte. Er hob hervor, dass zunehmend auch Kadetten und ehemalige Offiziere unter den Saboteuren sind. „Stalin hat alles richtig vorhergesagt. Es gibt noch viele in unserem Land, die angeworben werden können. Die Hauptsache besteht jetzt darin, die Feinde rechtzeitig zu entlarven. Es trifft nicht zu, daß jene, die ihre Programme erfüllen, auch stets gute Arbeiter sind. Das haben auch einige Trotzkisten getan. Es gibt noch genug verborgene Feinde.“¹⁰⁵ Zuvor wurde „kompromittierendes Material“ gegen die Polen (Walecki), die „Trotzkisten in der Führung der Roten Armee“ zusammengetragen. Institutsmitarbeiter gaben Auskunft über die ihnen bekannten Kontakte vom NKWD-mitarbeiter (Madalinskij) zu anderen Kollegen. Der auf ZK-Beschluss nach Verhafteter (Madalinskij) zu anderen Kollegen. Der auf ZK-Beschluss nach Moskau entsandte Karl Schmidt wurde nach der Verhaftung durch das NKWD am 10. Mai 1937 aus der Partei ausgeschlossen und ein Jahr später, am 17. Mai 1938 verurteilt. Der Ausschluss erfolgte nach einer ausführlichen Versammlung, an der russische und deutsche Parteimitglieder teilnahmen. Schmidt hatte, zusammen mit anderen Mitgliedern der KPD, unter ihnen der „Trotzkist Wollenberg“, im März 1933 an einer Versammlung teilgenommen, die als „antiparteiliche Zusammenkunft“ angesehen wurde.

Die Vertreter der IKK und der ZKK wiesen jede Kritik an der Führung, zudem zum Zeitpunkt der Machtergreifung durch Hitler, als konterrevolutionären Akt zurück. Sol'c, Vorsitzender der Parteikontrollkommission, sagte u.a. „Frei und abstrakt sprechen Kommunisten nur dann, wenn sie aufhören, Kommunisten zu sein“ und sprach Schmidt jedes „bolschewistische Gefühl“ ab. Zwischen den Moskauer Schauprozessen 1937 und 1938 musste Schmidt immer wieder unter Beweis stellen, dass er der Parteilinie stets gefolgt ist. Ernst Noffke von der VEGAR hatte Schmidt im August 1937 als Anhänger von Ruth Fischer und Arcadi Maslow geschildert. Außer Noffke waren auch andere Verlagsmitarbeiter an der Sammlung von „Belastungsmaterial“ betei-

¹⁰⁵ Anastas Mikojan: Diskussionsbeitrag auf dem Februar-März-Plenum 1937. In: Voprosy istorii, Nr. 6, 1994, S. 14-20.

ligt. Am 13. Dezember 1937 schloss die Parteiversammlung des Verlages Schmidt „als einen völlig Fremden, zufällig in die Partei Geratenen, der keinerlei Vertrauen einflößt“, aus der KPD aus.

Von Dezember 1936 bis Februar 1937 wurde der Deutsche Klub „Ernst Thälmann“ in Moskau überprüft. Deutsche Parteimitglieder hatten Ende Oktober 1936 die Durchführung eines Politzirkels angemeldet und Unterschriften gesammelt, um den Antrag der Klubleitung vorzulegen. Von wachsamem Genossen wurde diese Initiative als eine „konterrevolutionäre Versammlung“ denunziert. Zu den Unterzeichnerinnen (über zehn, z.T. parteilose Frauen hatten unterschrieben) gehörte auch Frieda Düwell, deren Biographie in Emigrantenkreisen bekannt war und die das gerade aktuelle „Feindbild“, nunmehr wurden die „Rechtsabweichler“ verfolgt, bediente. „Ich erkläre hiermit, dass ich mit der sogenannten Brandlergruppe nicht die geringste Verbindung habe noch jemals gehabt habe. Ich nehme an, dass diese Beschuldigung auf eine Namensverwechslung zurückzuführen ist. Es stimmt, dass mein ehemaliger Mann Wilhelm Düwell im Frühjahr 1925 wegen rechter Abweichungen aus der KPD ausgeschlossen wurde. Ich habe mich bald danach von ihm getrennt und Düwell ist seit dem Jahre 1927 bereits wieder verheiratet. Ich habe stets auf dem Boden der Beschlüsse der Komintern gestanden.“¹⁰⁶ Solche Erklärungen gab sie seit 1930 in regelmäßigen Abständen ab. Zu Düwells Bekanntheit gehörten zwei Ende 1936 verhaftete Frauen, eine von ihnen war mit dem im Schauprozess 1936 verurteilten Grasche verheiratet, sowie Wally Adler, die seinerzeit für Karl Radek gearbeitet hatte. In diese schnell zum Fall stilisierte Angelegenheit waren u.a. deutsche Mitarbeiter des IMEL und andere Emigranten, unter ihnen Rahel Nagler, Angela Rohr und Wilhelm Rohr, Süßkind, Gertrud Alexander und die Ehefrau von Hans Günther, Käte Günther, verwickelt.

Im Zuge der sogenannten polnischen Operation des NKWD¹⁰⁷, für deren Durchführung im zentralen Apparat u.a. M. Gaj verantwortlich zeichnete, wurden mehrere Mitarbeiter des Instituts verhaftet, verurteilt und hingerichtet. Am 1. September 1937 wurde die Archivarin Bronisława Matveevna Gibner als „Mitglied einer terroristischen polnischen Militärorganisation“ vom NKWD verhaftet, am 21. September 1937 erfolgte die Verhaftung der Archivarin Elena Pavlovna Simanskaja-Ban'bur. Die Mitarbeiterinnen der

¹⁰⁶ RGA, f. 17, op. 98, d. 2762.

¹⁰⁷ Siehe hierzu Repressii protiv poljakov i pol'skich graždan, Moskva 1997.

VEGAAR Martha Globig¹⁰⁸ und Elizaveta Madjar wurden entlassen, verhaftet und zu Zwangsarbeit im Besserungsarbeitslager Karlag¹⁰⁹ verurteilt.

13. Der Schauprozess 1938

„1922 las ich Luxemburgs ‚Akkumulation‘“, notierte der Mitarbeiter des IMEL Karl Schmidt in den Ergänzungen zur Biografie am 9. Dezember 1937, kurz vor Beginn des Moskauer Schauprozesses 1938, „und da ich schon gut den II. Band des ‚Kapital‘ und den ‚Imperialismus‘ Lenins kannte, verstand ich die Fehlerhaftigkeit dieser Theorie und führte in den folgenden Jahren (auf Grund meiner kritischen Notizen) eine Propaganda gegen den Luxemburgismus für Lenins Theorie des Imperialismus.“ Thalheimer – Bucharin – Paul Fröhlich – Radek wurden von Schmidt als Wortführer der Abweichungen benannt. Um diese vorgegebene, auf Absicherung der eigenen Person ausgerichtete Interpretation der Biografie zu stützen, legte Schmidt Auszüge aus dem Tagebuch 1914 bis 1920 bei.

Die Überprüfung der von Schmidt für die Arbeit am Institut gewonnenen Mitarbeiterinnen Babette Pflaumer und Trude Braun wurde am 28. März 1938 wieder aufgenommen. Hilde Schmidt, Karl Schmidts geschiedene Frau, verfasste eine Woche nach der Verhaftung ihres Mannes einen Bericht über dessen Arbeitskontakte. „Ab November 1928 arbeitete er wieder in Berlin im Parteiparat, überwarf sich aber mit Emel und H. Neumann und wurde daraufhin entlassen. Ab Herbst 1929 arbeitete er laut Arbeitspapieren als Vertreter der Peuvag,¹¹⁰ hatte aber in Wirklichkeit eine streng illegale Funktion inne. Was für eine, hat er mir nie gesagt. Im Jahre 1932, als er hier am ‚Kapital‘ arbeitete, kamen durch ihn zwei Genossinnen ins Institut und in seine Brigade. Babette Pflaumer und Trude Braun. Soviel ich mich entsinne, sagte er mir damals, daß er die Genossinnen aus Deutschland kenne, dort mit ihren Männern durch die gewisse Arbeit Verbindung hatte. B. Pflaumer war nur kurze Zeit am Institut, siedelte dann mit ihrem Mann nach Orechowo-Sujewo über. T. Braun, war oft in unserem Quartier bei Fritz Sauer und Fröhlichs zu suchen. Ich erinnere mich auch, daß wir mit F. Sauer ein- oder zweimal nach einer Demonstration zu ihr gingen, ferner, daß sie zweimal bei uns war, das eine Mal davon mit ihrem Mann (Kette, höherer Kommandeur der Roten

¹⁰⁸ Leben ist mehr als über ein Feld gehen. Martha Globig (1901–1991). Erinnerungen. Mit einer Nachbemerkung von Siegfried Heppner. Hrsg. Ulla Piener (Hg.): Leben mit Hoffnung in Pein. Frauenzeitschrift unter Stalin. Frankfurt/Oder 1997.

¹⁰⁹ Gemeint ist das Komsomol'skaja Besserungsarbeitslager des NKWD der UdSSR.

¹¹⁰ Peuvag – Papier-Erzeugungs- und Verwertungs-Aktiengesellschaft Berlin.

Armee). Und zwar war dies eine in unserem Zimmer anlässlich des Erscheinens des ‚Kapitals‘ von der Brigade K[arl] S[chmidt]s organisierte Feier, an der auch die Direktion des Instituts teilnahm. Im Mai 1933 wurde T. Braun, wie man mir sagte, ‚wegen trotzkistischer Redereien‘ entlassen und die deutschen Genossen, die bereits Mitglieder der KPdSU waren, bekamen im Zusammenhang damit alle eine Parteirüge. Ich selbst hatte keinerlei Gespräche politischen Charakters mit Trude Braun, war auch eben so wenig wie K[arl] S[chmidt] mit ihr befreundet.“

Babette Pflaumer arbeitete von Oktober 1931 bis Mitte Juni 1932 als wissenschaftliche Hilfsarbeiterin im IMEL. Ihr Arbeitsgebiet war die neue Volksausgabe von Marx' *Kapital*. 1932 folgte sie ihrem Mann nach Orehowo-Sujewo. Nach der regulären Überprüfung wurde sie im April 1938 als Mitarbeiterin der Komintern eingestellt.

Braun brachte ihr Unverständnis über die Nachsicht des Zellenbüros des Instituts gegenüber H. Fröhlich und insbesondere Schmidt zum Ausdruck. „Die Gen. Schmidt und Fröhlich haben trotz ihrer langen Parteizugehörigkeit nichts getan, um das politische Niveau der jungen deutschen Parteigenossen zu heben. Ihre Zeit war im Gegenteil damit ausgefüllt durch heftigen Konkurrenzkampf gegen einander, der sich in einer Reihe von Beschuldigungen und Erklärungen äußerte und der schließlich solche Formen annahm, daß führende russische Genossen wie Gen. Pertschik erklärten, daß diese Genossen (Schmidt und Fröhlich) einen widerlichen Eindruck auf ihn machten. Daß eine solche Institutsatmosphäre: Fehlen jeglicher Parteiarbeit, Isoliertheit von den russischen Genossen, ständige Intrigen der deutschen Genossen gegen einander auf die politische Entwicklung der jungen deutschen Genossen schädlich auswirken mußte, ist klar. Meine Zeilen sollen dazu beitragen, daß das Parteileben der ausländischen Genossen durch die Arbeit der Reinigungs-kommission im IMEL wieder ein normales wird.“

Frida Rubiner wurde wie andere deutsche Kommunisten auf Verbindungen zu den im Schauprozess 1938 angeklagten „Rechten“ aus der KPdSU(B) überprüft. Da sie Ende der 20er Jahre im Zusammenhang mit der Wittorf-Affäre eine Parteistrafe erhalten hatte, gehörte sie zum Kreis der besonders verdächtigen Personen. Obwohl ihr keine Verbindungen zu den Verhafteten nachgewiesen werden konnten, wurde ihr im Mai 1938 gekündigt. Von diesem Zeitpunkt an arbeitete sie als Übersetzerin für den Verlag Fremdsprachiger Literaturen.

Golda Fröhlich wurde seit 1937 regelmäßig „von den verantwortlichen Stellen“ vorgeladen und zu einer Reihe von Fragen, die ihren in Deutschland ver-

hafteten Mann betrafen, vernommen. „Das meiste betrachtete ich als Verdachtsmomente ohne ernstliche Grundlage, vermutete Verleumdungen, Intrigen, Irrtümer, umsomehr, als ich gegen einzelne Leute, mit denen ich zu tun hatte, Bedenken hätte, ohne jedoch irgendwelche Fakte zu kennen, einfach auf Grund ihres Verhaltens. [...] Aber ich glaubte fest an die Ehrlichkeit Fs. Ich konnte meine Depressionen darüber, daß man mir teils mit offenem, und wo nicht mit offenem, mit für mich sehr fühlbarem Mißtrauen begegnete, nicht mit offenem, mit für mich sehr fühlbarem Mißtrauen begegnete, immer größeres Chaos mit meinen Gedanken. Während des Prozesses gegen den trotzkistisch-rechten Block, zu welcher Zeit ich ein verstärktes Mißtrauen gegen mich fühlte, verbunden mit konkreten Handlungen gegen mich (Versuch mich aus der Arbeit zu entlassen, kurz vorher, 1 od. 2 Monate früher erneutes Stellen der Wohnungsfrage, mein erneuter Ausschluß aus der Partei durch die KPK, nach der Verhaftung meiner Schwester Gabelin u.a.) [...] Aber während des Prozesses gegen den trotzkistisch-rechten Block wurde ich an eine Reihe Situationen erinnert, in denen ich selbst war und solche in den Fröhlich war, die man auch in anderem Lichte sehen konnte, wie ich sie gesehen hatte und wie sie für mich noch heute bestehen. Aber mit einem Male fielen mir eine Reihe Zusammenhänge, Stimmungen, Momente bei Fröhlich ein, sodaß ich nach all dem schon vorher Gehörtem und Gefragtem zu dem Schluß kam, er war maskiert, er ist ein Feind und ich suchte in meinem Gedächtnis nach Erscheinungen in unserem gemeinsamen Leben, sowohl in der Arbeit als im Privatleben, wo mir eine Miene, ein Verhalten oder ein Ausdruck nicht absolut klar gewesen war [...] Entscheidend wirkte die Äußerung Korotkins, die in hohem Maße meine Stellungnahme die Äußerung Korotkins beeinflusste in hohem Maße meine Stellungnahme die Äußerung Korotkins. Die sind alle in der Hand der Gestapo, die zwar vor meinem Ausschluß erfolgte, aber nicht sofort geglaubt, allmählich mit allem Zusätzlichem, was kam, als angenommene Tatsache bei mir festgehalten wurde.“

14. Das Finale

Im Zentralkomitee der KPdSU(B) war das Vorgehen gegen die „Abweichler“ gründlich vorbereitet worden. Die für die leitenden Parteiorgane zuständige Abteilung legte von 1935 bis 1937 Listen vor, in denen die Namen der ausgeschlossenen und der mit Parteistrafen belegten Nomenklaturkader, geordnet nach Tätigkeitsbereichen, erfasst worden waren. Darunter befanden sich Aufstellungen der im Zusammenhang mit dem Kronstädter Aufstand Anfang

1921 ausgeschlossenen Parteimitglieder,¹¹¹ jener die die Plattform der 83 vom 25. Mai 1927 unterzeichnet und die Parteireinigung 1936 durchlaufen hatten¹¹² und jener Mitglieder oppositioneller Gruppierungen, die 1928 bis 1929 aus dem MEI und dem Parteiarchiv entlassen worden waren. Ferner wurden Auskunftsberichte über Sympathisanten der Moskauer Opposition, geordnet nach Kreisleitungen und Einrichtungen,¹¹³ Namenslisten der während der Prozesse von Januar 1935 bis Januar 1937 belasteten, aber noch nicht verurteilten Parteimitglieder,¹¹⁴ die Ausschlusslisten der Mitglieder von Bezirksleitungen,¹¹⁵ eine Liste der internen, von 1923 bis 1927 angelegten Parteidokumente, die von Mitarbeitern des IMEL und des Moskauer Bezirksparteiarchivs durchgearbeitet wurden, um die Mitwirkung der vom 21. Dezember 1936 bis zum 17. Februar 1937 ausgeschlossenen Moskauer Funktionäre in oppositionellen Gruppen zu belegen, bereitgestellt.¹¹⁶

Außer den hier erwähnten Auskunftsberichten und Namenslisten, die zum Beginn der Säuberungskampagnen in der KPdSU(B) am 1. Januar,¹¹⁷ 1. Februar¹¹⁸ bzw. 15. Februar 1937¹¹⁹ vorlagen, gibt es Listen, die die Ausschlüsse im Ergebnis des Umtauschs der Parteidokumente von April bis Juli 1937 widerspiegeln bzw. einen Eindruck über die vom 1. Januar bis 20. Juni 1937 durchgeführte Umsetzung jener Parteifunktionäre vermitteln, die einmal der Opposition nahestanden.¹²⁰ Weitere Listen enthielten die Namen der vom 1. Januar bis 2. Juni 1937 entlassenen Nomenklaturkader der Abteilung Agitation und Propaganda des ZK.¹²¹ Zu den ZK-Abteilungen, die besonders gründlich überprüft wurden, gehörten die Abteilung Presse und Verlage in der Zeit vom 1. Januar bis 1. April 1937, die Abteilung Kultur, in der Zeit vom 1. Januar bis 20. Juni 1937,¹²² sowie die Abteilungen Transportwesen und Industrie,¹²³ Landwirtschaft, Finanzen und Handel.¹²⁴

¹¹¹ RGA, f. 17, op. 71, d. 2: Sammlung von Dokumenten der inneren Opposition in der KPdSU(B) 1921–1937.

¹¹² Ebenda, d. 20, 22 Blatt.

¹¹³ Ebenda, d. 32, 135 Blatt.

¹¹⁴ Ebenda, d. 33, 17 Blatt.

¹¹⁵ Ebenda, d. 34, 115 Blatt.

¹¹⁶ Ebenda, d. 117, Namensliste im Umfang von 250 Blatt.

¹¹⁷ Ebenda, d. 36, 55 Blatt.

¹¹⁸ Ebenda, d. 40, 190 Blatt, und d. 53, biografische Auskunftsberichte 207 Blatt.

¹¹⁹ Ebenda, d. 37, 156 Blatt.

¹²⁰ Ebenda, d. 41, 141 Blatt.

¹²¹ Ebenda, d. 47, 39 Blatt.

¹²² RGA, f. 17, op. 71, d. 48, 88 Blatt.

¹²³ Ebenda, d. 42 und 43, 123 bzw. 341 Blatt.

¹²⁴ Ebenda, d. 44 und 45, 293 bzw. 272 Blatt.

In den Listen wurden Name, Geburtsdatum, Parteimitgliedschaft, Ausbildung, Zeitpunkt der Aufnahme der Tätigkeit und Begründung der Umsetzung, Entlassung bzw. Ausschluss aus der KPdSU(B) festgehalten. Die am häufigsten anzutreffende Begründung für den Parteiausschluss und die Entlassung von Geisteswissenschaftlern lautete Mitgliedschaft, Duldung oder Unterstützung der trotzkistischen Opposition.

Am 17. Januar 1938 teilte Adoratskij dem Sekretär des ZK Andreev mit, dass im Archiv des Instituts lediglich 3 wissenschaftliche Mitarbeiter anstelle der vorgesehen 30 beschäftigt sind. Um die laufende Arbeit bewältigen zu können, benötigt das IMEL dringend 7 Archivare, 4 wissenschaftliche Mitarbeiter sowie 2 Mitarbeiter für das Sonderarchiv. Die in Frage kommenden Genossen sollten über Hochschulbildung und Kenntnisse der Geschichte der Arbeiterbewegung verfügen sowie Deutsch oder Englisch beherrschen.¹²⁵ Im Juni 1938 stand die Frage der „Kaderkomplettierung“ auf der Tagesordnung der ZK-Sitzung. Diesmal begann der von Adoratskijs Stellvertreter Sorin verfasste Brief mit einer Selbstkritik. Die Direktion gestand mangelnde Wachsamkeit ein, teilte aber mit, auf eigene Initiative 95 politisch unzuverlässige und verdächtige Mitarbeiter entlassen zu haben.¹²⁶ Das NKWD hatte von Januar 1936 bis Juni 1938 30 dieser entlassenen Mitarbeiter verhaftet.

Autor: Dr. Wladislaw Hedeler, Florastr. 20, 13187 Berlin,
email: liebgt@aol.com

¹²⁵ RGA, f. 71, op. 3, d. 117.

¹²⁶ Ebenda.

MARX ENGELS GESAMTAUSGABE

IM AUFTRAGE DES
MARX-ENGELS-LENIN-INSTITUTS MOSKAU
HERAUSGEGEBEN VON
V. ADORATSKIJ

MARX-ENGELS-VERLAG / BERLIN W 57

Rolf Hecker

Fortsetzung und Ende der ersten MEGA zwischen Nationalsozialismus und Stalinismus (1931–1941)

1. Einleitung und Literaturübersicht

Der Zeitrahmen dieses Aufsatzes umfasst zehn Jahre: von der politischen „Säuberung“ 1931 im Moskauer Marx-Engels-Institut (MEI) und damit von der oktroyierten Ideologie des Stalinismus bis zum Beginn des „Großen Vaterländischen Krieges“ der UdSSR gegen das faschistische Deutschland und der damit verbundenen Evakuierung des Marx-Engels-Lenin-Instituts (IMEL) in die östlichen Gebiete Russlands (Ufa). Diese zehn Jahre waren geprägt von politischen Wendungen und personellen Veränderungen, die nicht ohne Einfluss auf die Herausgabe der Werke und Schriften und Marx und Engels bleiben konnten. Im Mittelpunkt der Untersuchung steht nicht die Institutsgeschichte, sondern die Bearbeitung und Herausgabe des Marx-Engels-Nachlasses im Rahmen der ersten Marx-Engels-Gesamtausgabe (MEGA), der russischen Marx-Engels-Werkausgabe und des *Marx-Engels-Archivs* sowie in Einzelschriften und „Volksausgaben“.

Diese Eingrenzung erfolgt, weil nach der Übernahme des MEI durch das Lenin-Institut und der Unterordnung des neugeschaffenen IMEL unter die Regie des ZK der KPdSU(B) eine neue Leitungs- und Organisationsstruktur geschaffen wurde. Das bisherige MEI wurde zu einem Marx-Engels-Sektor (MES) innerhalb des IMEL. Das einst von David Borisovič Rjazanov in Kabinette¹ untergliederte Forschungspotential wurde in neue Arbeitsgruppen aufgeteilt: 1. MEGA-Gruppe, 2. ausgewählte Werke von Marx und Engels, 3. russische Marx-Engels-Werkausgabe, 4. Marx-Engels-Archiv, 5. Wissenschaftliche Biografien von Marx und Engels. Mit dieser Einteilung des MES waren zugleich die Schwerpunkte der anvisierten Editionstätigkeit umrissen. Die Umstrukturierung war damit verbunden, dass die Herausgeberschaft in

¹ Siehe Elena Aržanova: Die Kabinette im Marx-Engels-Institut unter Leitung von Rjazanov und Adoratskij und ihr Nutzen für die erste und zweite MEGA. In: Marx-Engels-Edition und biographische Forschung (Beiträge zur Marx-Engels-Forschung, NF 2000), S. 47–50.